



LAND

OBERÖSTERREICH

Prüfungsbericht

der Bezirkshauptmannschaft Braunau am Inn
über die Einschau in die Gebarung

der Gemeinde

Polling im Innkreis



Impressum

Herausgeber:

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung
4021 Linz, Bahnhofplatz 1

Redaktion und Graphik:
Herausgegeben:

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung
Linz, Oktober 12

Die Bezirkshauptmannschaft Braunau am Inn hat in der Zeit vom 2. April 2012 bis 18. Juni 2012 durch eine Prüferin (mit Unterbrechungen, 16 Prüfungstage) gemäß § 105 Oö. Gemeindeordnung 1990 in Verbindung mit § 1 Oö. Gemeindeprüfungsordnung 2008 eine Einschau in die Gebarung der Gemeinde Polling im Innkreis vorgenommen.

Zur Prüfung wurden die Jahre 2009 bis 2011 und der Voranschlag für das Jahr 2012 herangezogen.

Der Bericht analysiert die Gebarungsabwicklung der Gemeinde und beinhaltet Feststellungen in Hinblick auf Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Verwaltung, der öffentlichen und sozialen Einrichtungen und unterbreitet Vorschläge zur Verbesserung des Haushaltsergebnisses.

Die im Bericht kursiv gedruckten Passagen stellen die Empfehlungen der Bezirkshauptmannschaft Braunau am Inn dar und sind als solche von den zuständigen Organen der Gemeinde umzusetzen.

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	6
Wirtschaftliche Situation	6
Personal.....	7
Öffentliche Einrichtungen.....	7
Weitere wesentliche Feststellungen	7
Außerordentlicher Haushalt	8
Detailbericht	9
Die Gemeinde	9
Wirtschaftliche Situation	10
Haushaltsentwicklung	10
Zuführungen an den außerordentlichen Haushalt	11
Mittelfristiger Finanzplan	12
Finanzausstattung	13
Kommunalsteuer	14
Hundeabgabe	14
Verkehrsflächenbeitrag	14
Grundsteuer	14
Zahlungsrückstände	14
Umlagen.....	16
Fremdfinanzierungen	17
Darlehen.....	17
Kassenkredit	18
Leasing	18
Haftungen	18
Rücklagen	18
Personal	19
Dienstpostenplan	20
Organisation	20
Aus- und Fortbildung.....	20
Allgemeine Verwaltung.....	21
Kindergarten.....	21
Bauhof	21
Reinigung	21
Öffentliche Einrichtungen	22
Abwasserbeseitigung	22
Gebühren.....	23

Gebührenkalkulation	23
Verwaltungskostentangente	23
Abfallbeseitigung	24
Biomüll und Kompostierung	24
Kindergarten.....	25
Kindergartentransport	26
<i>Ausgliederte Unternehmungen</i>	<i>27</i>
Verein zur Förderung der Infrastruktur der Gemeinde Polling im Innkreis & Co KG	27
Errichtung einer Multifunktionellen Halle mit Klubräumen	28
Sanierung der Volksschule und Kindergarten	29
<i>Gemeindevertretung.....</i>	<i>30</i>
Einberufung von Sitzungen des Gemeinderates und des Gemeindevorstandes	30
Prüfungsausschuss	30
Ausschüsse	30
Sitzungsgeld.....	30
Verfügungsmittel und Repräsentationsausgaben	30
<i>Weitere wesentliche Feststellungen</i>	<i>32</i>
Bestandsverhältnisse	32
Grundeigentum	32
Feuerwehrwesen	32
Förderungen und freiwillige Ausgaben	34
Versicherungen	34
Fahrzeuge	34
Nahwärmeversorgung	35
Bauhof	35
Sportanlage	35
<i>Außerordentlicher Haushalt</i>	<i>37</i>
Überblick über den a.o. Haushalt des Finanzjahres 2011	37
Ankauf eines Löschfahrzeuges (Type TLF-A 2000) für die FF Polling im Innkreis....	37
Errichtung eines Radweges entlang der B141	38
<i>Schlussbemerkung.....</i>	<i>39</i>

Kurzfassung

Wirtschaftliche Situation

Die Gemeinde Polling im Innkreis hat in den vergangenen Jahren ihren ordentlichen Haushalt mit Abgängen abgeschlossen und ist daher als "Dauerabgangsgemeinde" zu bezeichnen. Im Jahr 2011 kam es zu einem Abgang in der Höhe von 44.348 Euro.

In den letzten Jahren wurden insgesamt rund 406.000 Euro an Bedarfszuweisungsmitteln für die Deckung der Abgänge gewährt. Auch in den nächsten Jahren ist wohl weiterhin mit Abgängen im ordentlichen Haushalt zu rechnen, wenngleich sich das Aufkommen aus den Ertragsanteilen doch spürbar verbessert.

Mittelfristige Finanzplanung

Die freie Budgetspitze für das Finanzjahr 2012 ist mit -38.800 Euro negativ angesetzt. Der Negativbetrag soll weiter steigen und wird im Jahr 2015 schließlich mit -58.600 Euro prognostiziert. Sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben der laufenden Gebarung werden in den Planjahren 2012 bis 2015 voraussichtlich steigen. Das ergibt, dass das Ergebnis der laufenden Gebarung während des gesamten Zeitraumes negativ bleiben wird. Im Investitionsplan der nächsten Jahre sind Investitionsausgaben in der Höhe von rund 1,4 Mio. Euro vorgesehen. Der Großteil der Investitionen entfällt auf die Projekte "Generalsanierung Volksschule und Kindergarten", "Errichtung einer Multifunktionshalle", "Errichtung Unionstraße" und "Errichtung Radweg".

Um eine fundierte Planung für die jeweils kommenden Finanzjahre zu gewährleisten, wird der Erstellung des mittelfristigen Finanzplanes in Zukunft weiterhin ein großes Augenmerk zu widmen sein.

Finanzausstattung

Die Gemeinde ist einerseits zu großen Teilen von den Ertragsanteilen abhängig, andererseits spielen jedoch auch die Einnahmen aus den gemeindeeigenen Steuern eine bedeutende Rolle. Aus Strukturhilfemitteln und Finanzzuweisungen nach § 21 FAG erhielt die Gemeinde Einnahmen in der Höhe von durchschnittlich jährlich rund 67.000 Euro. Positiv zu vermerken ist, dass die gemeindeeigenen Steuern, allen voran die Kommunalsteuer, in den letzten Jahren eine steigende Tendenz verzeichneten. Die Ertragsanteile verzeichneten einen leichten Rückgang. Die gemeindeeigenen Steuern und Abgaben betragen im Jahr 2011 rund 18 % der Steuerkraft.

Fremdfinanzierung

Die Nettobelastung des Budgets aus Darlehensverbindlichkeiten betrug im Finanzjahr 2011 rund 1.400 Euro. Gemessen an den ordentlichen Jahreseinnahmen betrug die Nettobelastung aus den Darlehensverpflichtungen nur 0,1 % bzw. 1,50 Euro je Einwohner. Dies stellt einen vergleichsweise sehr günstigen Wert dar.

Im Bereich der Pro-Kopf-Verschuldung nahm die Gemeinde unter Heranziehung der Ergebnisse 2010 sowohl im landesweiten Vergleich (444 Gemeinden) als auch in jenem mit den 46 Gemeinden des Bezirkes Braunau am Inn den 422. bzw. 43. Rang eine positive Positionierung ein.

Im Jahr 2011 kam es zu einer Darlehensaufnahme in der Höhe von 9.000 Euro für die Planung des Hochwasserschutzes. Bei mehreren Bauabschnitten wurden Überschüsse aus den Annuitätenzuschüssen erzielt. Diese Überschüsse wurden zur vorzeitigen Rückzahlung der Darlehen verwendet.

Rücklagen

Am Ende des Finanzjahres 2011 verfügte die Gemeinde Polling im Innkreis über Rücklagen von insgesamt rund 162.400 Euro. Der Großteil der Rücklagen fällt auf zweckgebundene Mittel. Durch einen Grundverkauf im Jahr 2011 kam es zu einer Rücklage in der Höhe von rund 50.200 Euro.

Personal

Die Personalausgaben sanken in den letzten drei Jahren von rund 414.023 Euro im Jahr 2009 auf rund 385.888 Euro im Jahr 2011 um insgesamt rund 13 %. Gemessen an den Einnahmen des ordentlichen Haushaltes bewegten sich die Personalaufwendungen des Finanzjahres 2011 einschließlich der Pensionsleistungen mit rund 28 % in einem akzeptablen Rahmen, was auf einen grundsätzlich sparsamen Personaleinsatz in allen Bereichen zurückzuführen ist.

Die allgemeine Verwaltung der Gemeinde ist derzeit mit insgesamt 3 Bediensteten besetzt. Der Personalstand in der Verwaltung ist mit insgesamt 2,75 Personaleinheiten als angemessen zu bezeichnen.

Öffentliche Einrichtungen

Der Betrieb der Abwasserbeseitigung verzeichnete gute Betriebsergebnisse, in den meisten Jahren wurden deutliche Betriebsüberschüsse erzielt. Die Gebührensatzung entspricht den Landesvorgaben.

Im Bereich der Abfallbeseitigung wurden die Gebühren jeweils in einer solchen Höhe angesetzt, dass damit das Auslangen gefunden werden konnte, bzw. jährlich Betriebsüberschüsse erwirtschaftet wurden, die zur Stützung des Haushaltsergebnisses im ordentlichen Haushalt belassen wurden.

Umgekehrt verursacht der Kindergartenbetrieb ständig Betriebsabgänge. Der zweigruppige Kindergarten der Gemeinde wird als alterserweiterter halbtägiger Kindergarten ohne Mittagsbetrieb geführt. Der Betriebsabgang im Jahr 2011 (ohne Transport) lag bei 59.934 Euro. Bei einer Besucherzahl von durchschnittlich 31 Kindern wurde somit jedes Kind mit rund 1.930 Euro bezuschusst.

Weitere wesentliche Feststellungen

Der Prüfungsausschuss hat nicht nur anhand der Rechnungsabschlüsse, sondern auch darüber hinaus auch im Laufe des Haushaltsjahres, und zwar wenigstens vierteljährlich eine Gebarungsprüfung vorzunehmen. Es sind jährlich fünf Sitzungen erforderlich.

Weiters empfehlen wir der Gemeinde eine Intensivierung der Ausschusstätigkeiten, da Ausschüsse zur Vorbereitung schwieriger Punkte für Gemeinderatssitzungen einen wertvollen Beitrag leisten und die Sitzungen dadurch entsprechend abgekürzt werden können.

Derzeit gibt es einige Gemeindekooperationen, wie die üblichen Mitgliedschaften beim Sozialhilfverband, Bezirksabfallverband und Reinhalteverband, aber auch Mitgliedschaften beim Verein Leader "Innviertel – vom Inn bis zum Kobernaußerwald", Regionaler Wirtschaftsverband, "INN-Euregio", Wegeerhaltungsverband Alpenvorland, Sanitätsgemeindeverband Altheim-Geinberg sowie beim "Wasserverband Ache" dessen Zweck der Hochwasserschutz, die Instandhaltung und Pflege der Gewässerstrecken ist.

Da es in der Gemeinde Polling im Innkreis keine Kooperationsprojekte mit Nachbargemeinden gibt, sind für die Zukunft Kooperationsprojekte mit Nachbargemeinden im Verwaltungs- und Bauhofbereich zu prüfen.

Außerordentlicher Haushalt

Zur Abwicklung der Vorhaben "Sanierung der Volksschule und Kindergarten" und "Errichtung einer Multifunktionellen Halle mit Klubräumen" hat die Gemeinde eine "gemeindeeigene" Kommanditgesellschaft (KG) gegründet. Zum Prüfungszeitpunkt waren beide Vorhaben bereits abgeschlossen und die genehmigten Gesamtkosten konnten eingehalten werden.

Der Investitionsschwerpunkt lag im Zeitraum seit der letzten Gebarungsprüfung in der Errichtung der Multifunktionellen Halle. Hierfür wurden seit der letzten Gebarungseinschau rund 35 % des gesamten Ausgabevolumens von rund 1,5 Mio. Euro ausgegeben.

Weitere wesentliche Projekte waren der "Ankauf eines Löschfahrzeuges" sowie die "Errichtung eines Radweges entlang der B 141".

Die Umsetzung dieser Maßnahmen erfolgte weitgehend im Rahmen der Finanzierungspläne bzw. der finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde. Die zum Prüfungszeitpunkt bestehenden Fehlbeträge im außerordentlichen Haushalt werden mit in Aussicht gestellten Förderungsmitteln bedeckt.

Detailbericht

Die Gemeinde

Die Gemeinde Polling im Innkreis hat derzeit 985 Einwohner¹, von denen 43 Personen mit einem Zweitwohnsitz registriert sind und ist eine von 46 Gemeinden des Bezirks Braunau am Inn. Umgerechnet auf die Gesamtfläche der Gemeinde von rund 15 km² entspricht das etwa einer Bevölkerungsdichte von 66 Einwohnern pro km². Im Gemeindegebiet gibt es 12 Ortschaften. Der Großteil von rund 85 % der Gesamtfläche wird landwirtschaftlich genutzt, rund 10 % sind Waldgebiet und rund 5 % umfassen Bauflächen, Gärten, Gewässer und sonstige Flächen.

Die Gemeinde ist eine landwirtschaftlich geprägte Wohngemeinde mit wenigen Kleinbetrieben und liegt im Innviertel in Oberösterreich. Im Gemeindegebiet befinden sich eine Volksschule, ein Kindergarten, eine Mehrzweckhalle und Sporteinrichtungen.

Derzeit gibt es einige Gemeindekooperationen, wie die üblichen Mitgliedschaften beim Sozialhilfeverband, Bezirksabfallverband und Reinhaltverband, aber auch Mitgliedschaften beim Verein Leader "Innviertel – vom Inn bis zum Kobernaußerwald", Regionaler Wirtschaftsverband, "INN-Euregio", Wegeerhaltungsverband Alpenvorland, Sanitätsgemeindeverband Altheim-Geinberg sowie beim "Wasserverband Ache" dessen Zweck der Hochwasserschutz, die Instandhaltung und Pflege der Gewässerstrecken ist.

Der im Jahr 2009 gewählte Gemeinderat setzt sich aus 7 Mandataren der ÖVP-Fraktion, 4 Mandataren der SPÖ-Fraktion und 2 Mandataren der FPÖ-Fraktion zusammen. Im Gemeindevorstand sind 2 Funktionäre der ÖVP- und 1 Funktionär der SPÖ-Fraktion vertreten. Der direkt gewählte Bürgermeister gehört der ÖVP-Fraktion an, der Vizebürgermeister gehört ebenfalls der ÖVP-Fraktion an.

Während des Prüfungszeitraums wurden folgende wesentliche außerordentliche Vorhaben verwirklicht:

- Ankauf eines Tanklöschfahrzeuges
- Errichtung Gehsteig und Straßensanierung
- Generalsanierung Volksschule und Kindergarten
- Errichtung einer Multifunktionshalle

Schwerpunkt in der Planungsperiode 2012 – 2015 sind laut mittelfristiger Finanzplanung folgende Projekte:

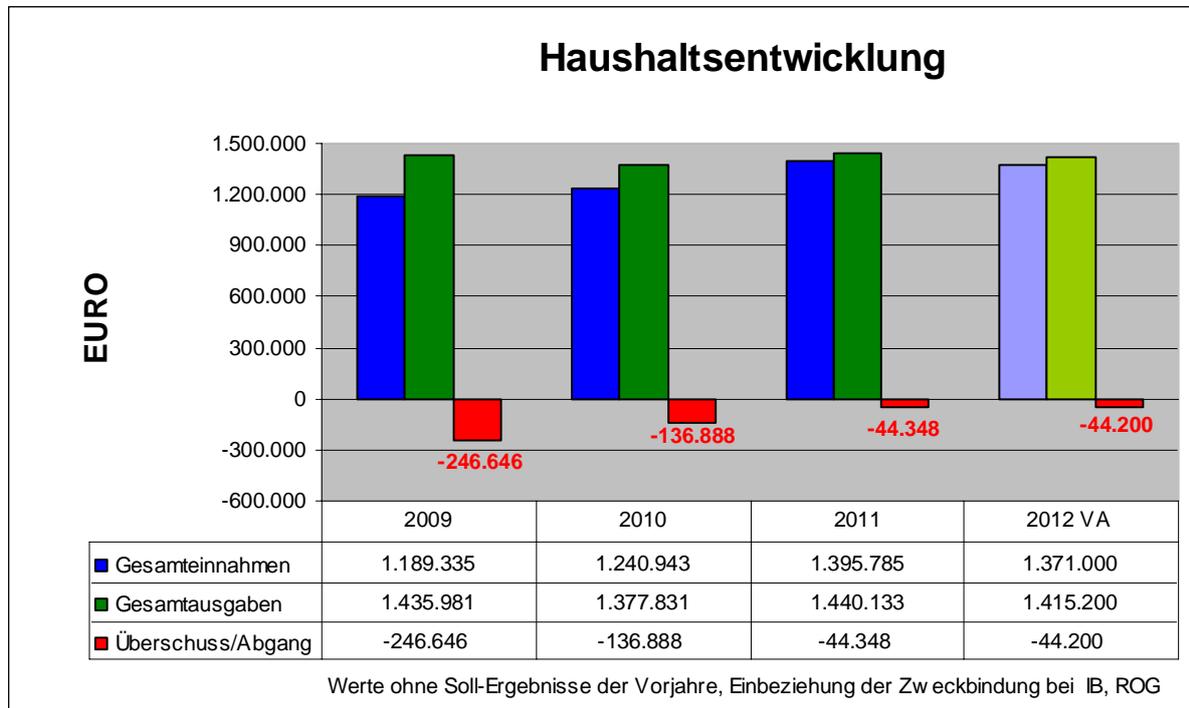
- Errichtung Unionstraße
- Errichtung Radweg entlang B141

¹Stichtag 16.04.2012; 942 Hauptwohnsitze;
Gemeinderatswahl 2003: 934 Einwohner;
Gemeinderatswahl 2009: 947 Einwohner.

Volkszählung 2001: 918 Einwohner;
Volkszählung 1991: 905 Einwohner,

Wirtschaftliche Situation

Haushaltsentwicklung



Die laufenden Haushaltsergebnisse der vergangenen Jahre, die die Abwicklung von Überschüssen und Abgängen aus Vorjahren nicht berücksichtigen, bewegten sich bei den jährlichen Gesamteinnahmen und –ausgaben zwischen rund 1,2 Mio. Euro und 1,4 Mio. Euro. Damit waren in den Jahren 2009 bis 2011 Abgänge zu verzeichnen. In den letzten Jahren konnte der Abgang verringert werden. Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 2012 verzeichnen mit rund 1,3 und 1,4 Mio. Euro einen Abgang in der Höhe von 44.200 Euro.

Das Gesamthaushaltsvolumen stieg in den letzten Jahren um rund 17 % auf rund 1,4 Mio. Euro und wird laut Voranschlag 2012 annähernd gleich bleiben. Den bisherigen Trend in Betracht ziehend ist zu erwarten, dass die Gesamteinnahmen und –ausgaben des Jahres 2012 vermutlich etwas höher als veranschlagt ausfallen werden.

Betrachtet man die Jahresergebnisse des gesamten Prüfungszeitraumes unter Einbeziehung der Ergebnisse der Vorjahre, zeigt sich, dass die Ergebnisse des ordentlichen Haushaltes der Gemeinde Polling im Innkreis in den Jahren 2009 bis 2011 deutliche Abgänge auswiesen:

	Abgang
Rechnungsabschluss 2009	€ 247.746
Rechnungsabschluss 2010	€ 167.627
Rechnungsabschluss 2011	€ 45.232
Voranschlag 2012	€ 44.200

Die Gemeinde Polling im Innkreis kann ihren Haushalt bereits seit Jahren aus eigener Kraft nicht mehr ausgleichen und ist daher als „Dauerabgangsgemeinde“ zu bezeichnen. Zur Deckung der Abgänge in den letzten drei Jahren wurden insgesamt rund 406.000 Euro² gewährt. Auch in den nächsten Jahren ist wohl weiterhin mit Abgängen im ordentlichen Haushalt zu rechnen, wenngleich sich das Aufkommen aus den Ertragsanteilen doch spürbar verbessert.

Im Jahr 2009 sank die Leistungsfähigkeit der Gemeinde drastisch. Die Finanzkrise führte zum massiven Einbruch bei den Ertragsanteilen und die Strukturhilfe wurde spürbar geschmälert. Dies verbesserte sich jedoch in den Jahren 2010 und 2011 wieder, wodurch die Abgänge sich in den Folgejahren verringern konnten.

Im Hinblick auf den Sparsamkeitsgrundsatz sind die einzelnen Ausgaben verstärkt zu prüfen sowie alle Einnahmelmöglichkeiten voll auszuschöpfen.

Wir empfehlen jedoch, die Einnahmen aus Verkehr, Wasser und Kanal weiterhin zweckgebunden einer Rücklage bzw. dem außerordentlichen Haushalt zuzuführen.

Zuführungen an den außerordentlichen Haushalt

Dem außerordentlichen Haushalt konnten im Prüfungszeitraum 2009 bis 2011 Mittel in einer Gesamthöhe von rund 27.200 Euro zugeführt werden. Davon stammten aus Interessenten- und Aufschließungsbeiträgen rund 24.560 Euro, womit aus allgemeinen Haushaltsmitteln in Summe 2.640 Euro aufgebracht wurden. Im Voranschlag des Jahres 2012 wurden keine Zuführungsbeträge veranschlagt.

Die Interessenten- und Aufschließungsbeiträge für die Abwasserbeseitigung wurden für Zuführungen an den außerordentlichen Haushalt verwendet oder einer Rücklage zugeführt.

Bei den Verkehrsflächenbeiträgen wurde ebenfalls alles dem außerordentlichen Haushalt zugeführt. Es wurde hier jedoch übersehen, den für einen Vorschreibungsfall an Landesstraßen abgeführten 50prozentigen Landesteil abzuziehen.

Die Beträge sind daher bei den Zuführungsbuchungen im Jahr 2012 zu berücksichtigen.

Bei den Instandhaltungsaufwendungen in den Jahren 2010 und 2011, kam es jährlich zu einer Ausgabensumme von durchschnittlich rund 33.600 Euro. Damit wurde der 5-Jahres-Durchschnitt in den letzten Jahren um rund 4.400 Euro überschritten.

Wird der 5-Jahresdurchschnitt überschritten, ist vorher das Einvernehmen mit der Direktion Inneres und Kommunales herzustellen.

² Bedarfszuweisungsmittel zur Deckung des Abganges:
2009 – 22.000 Euro, 2010 – 217.000 Euro, 2011 – 167.000 Euro

Mittelfristiger Finanzplan

Von der Gemeinde wurde zuletzt ein Mittelfristiger Finanzplan für die Planungsperiode 2012 bis 2015 erstellt und vom Gemeinderat gemeinsam mit dem Voranschlag für das Finanzjahr 2012 beschlossen.

Die freie Budgetspitze für das Finanzjahr 2012 ist mit –38.800 Euro negativ angesetzt. Der Negativbetrag soll weiter steigen und wird im Jahr 2015 schließlich mit –58.600 Euro prognostiziert. Die Einnahmen der laufenden Gebarung werden in den Planjahren 2012 bis 2015 voraussichtlich durchschnittlich rund 1.319.500 Euro betragen und in den Folgejahren auf rund 1.334.300 Euro im Jahr 2015 steigen. Die Ausgaben der laufenden Gebarung werden laut Mittelfristigem Finanzplan von 1.334.100 Euro im Jahr 2012 auf 1.387.000 Euro im Jahr 2015 steigen. Das ergibt, dass das Ergebnis der laufenden Gebarung während des gesamten Zeitraumes negativ bleiben wird.

Während die zu vereinnahmenden Interessentenbeiträge laut Mittelfristigem Finanzplan durchschnittlich 5.600 Euro betragen und sich die jährlichen Ausgaben für Tilgungen von 60.300 Euro im Jahr 2012 auf 55.500 Euro im Jahr 2015 verringern, sinkt dadurch die freie Budgetspitze.

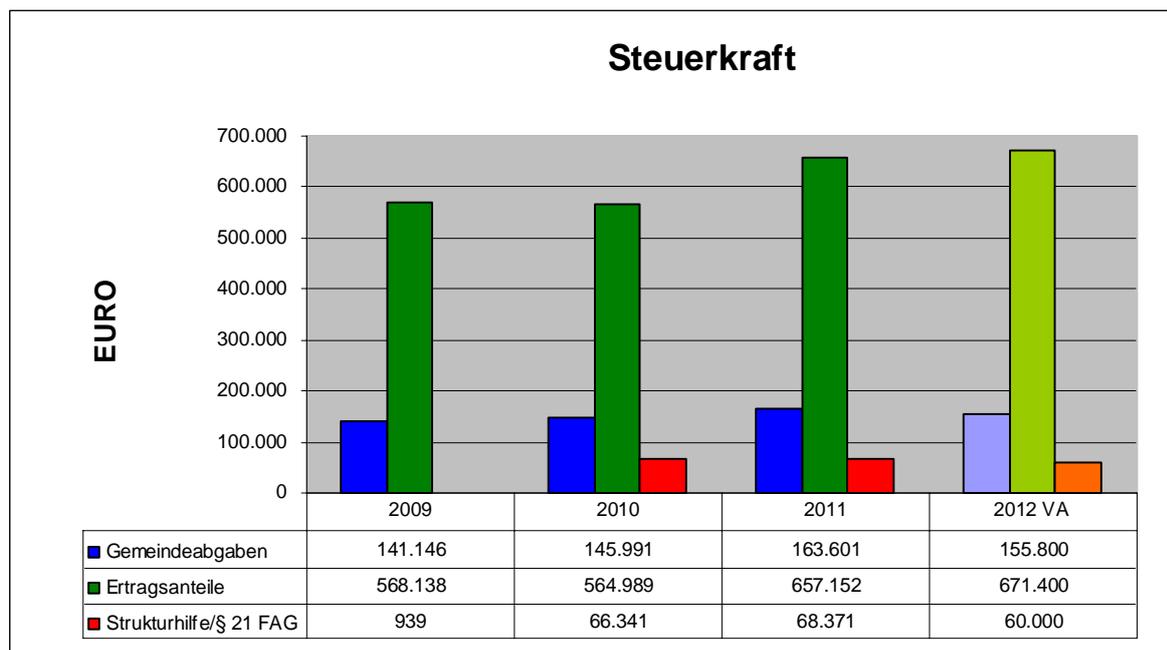
Das Maastricht-Ergebnis ist im Rechnungsabschluss 2011 mit rund 144.200 Euro (RA 2010: rund 73.100 Euro) ausgewiesen – im Jahr 2012 wird es laut Voranschlag –93.100 Euro betragen. Gemäß Mittelfristigem Finanzplan wird es in den Folgejahren 2013 mit -20.800 Euro, 2014 mit -28.900 Euro und 2015 mit -67.800 Euro negativ sein.

Als Vorhaben des mittelfristigen Investitionsplanes des außerordentlichen Haushaltes werden für die Planungsperiode 2012 - 2015 folgende genannt:

Vorhaben	Euro
Generalsanierung Volksschule und Kindergarten	685.000
Errichtung einer Multifunktionshalle	522.000
Errichtung Unionstraße	139.400
Errichtung Radweg	60.000
Gesamtausgaben 2012 bis 2015 aoH.	1.406.400

Zur Finanzierung der Vorhaben ist die Gemeinde hauptsächlich auf die Gewährung von Bedarfszuweisungsmitteln (in Summe 792.500 Euro laut Plan 2012 – 2015, 56 % des Gesamtinvestitionsvolumens) und Landeszuschüssen (in Summe 550.500 Euro laut Plan 2012 – 2015, 39 % des Gesamtinvestitionsvolumens) angewiesen. Der Rest wird durch Rücklagenentnahmen und Anteilsbeträge des ordentlichen Haushaltes finanziert.

Finanzausstattung



Die Gemeinde rangierte mit ihrer Finanzkraft³ von 803 Euro pro Kopf im Vergleich mit allen 444 Oö. Gemeinden auf Basis der Ergebnisse 2010 an 267. Stelle und nahm innerhalb des Bezirkes Braunau am Inn (46 Gemeinden) den 27. Platz ein. Generell ist das Aufkommen aus den gemeindeeigenen Steuern und Abgaben bezogen auf die Gemeindegröße als durchschnittlich zu bezeichnen.

Die vorangestellte Grafik zeigt, dass die Gemeinde einerseits zu großen Teilen von den Ertragsanteilen (gemeinschaftlichen Bundesabgaben) abhängig ist, andererseits jedoch auch die Einnahmen aus gemeindeeigenen Steuern eine bedeutende Rolle spielen. Strukturhilfe und Finanzausweisungen gemäß § 21 FAG hat die Gemeinde in den letzten Jahren in einer Höhe von rund 6 % des Aufkommens aus den gemeindeeigenen Steuern und Abgaben erhalten.

Die Einnahmen aus gemeindeeigenen Steuern entwickelten sich in den Jahren 2009 bis 2011 von rund 141.000 auf rund 164.000 Euro. Dies entspricht einem Zuwachs von annähernd 16 % während dieser beiden Jahre. Die gemeindeeigenen Steuern, allen voran die Kommunalsteuer, verzeichnete in den letzten Jahren einen steigenden Trend. So betrug das Gesamtaufkommen aus der Kommunalsteuer 2009 noch rund 90.000 Euro und stieg auf rund 107.000 Euro im Jahr 2011. Im Voranschlag sind rund 103.000 Euro veranschlagt.

Die Ertragsanteile verzeichnen einen leichten Rückgang. Im Jahr 2009 hat die gesamte Steuerkraft⁴ 710.223 Euro betragen und ist bis zum Jahr 2011 um rund 178.900 Euro auf 889.123 Euro gestiegen. Das entspricht einem Zuwachs von etwa 25 %. Der Zuwachs ist auf die Strukturhilfe zurückzuführen. Laut Voranschlag für das Jahr 2012 wird die Steuerkraft annähernd gleich bleiben.

³ Finanzkraft = Steuern und Abgaben ohne Aufschließungsbeiträge zuzüglich Abgabenertragsanteile

⁴ Steuerkraft = Finanzkraft zuzüglich Finanzausweisung und Strukturhilfe

Die Erträge der anderen Gemeindeabgaben blieben im Beobachtungszeitraum relativ konstant. Die gemeindeeigenen Steuern und Abgaben betragen im Jahr 2011 rund 18 % der Steuerkraft.

Kommunalsteuer

Das Gesamtaufkommen aus der Kommunalsteuer betrug 2009 rund 89.700 Euro, 2010 rund 92.200 Euro und stieg 2011 auf rund 107.000 Euro. Im Voranschlag 2012 wurde das voraussichtliche Aufkommen auf 103.000 Euro zurückgenommen. Das Kommunalsteueraufkommen pro Einwohner belief sich im Jahr 2010 auf rund 94 Euro. Im Rechnungsabschluss 2011 stieg dieser Wert auf rund 109 Euro.

Das Steueraufkommen verteilt sich auf 22 Abgabepflichtige. Die zwei größten steuerpflichtigen Unternehmen im Gemeindegebiet bezahlten rund 60 % des gesamten Kommunalsteueraufkommens. Der darüber hinaus gehende Betrag verteilt sich auf eine größere Anzahl von Unternehmen aus verschiedenen Sparten.

Im Jahr 2011 wurde die Kommunalsteuer vollständig und rechtzeitig bezahlt.

Hundeabgabe

Laut Hundeabgabenordnung vom Jahr 2003 wurde für jeden Hund eine Hundeabgabe in der Höhe von 10 Euro festgelegt. Die Hundeabgabe liegt somit unter dem Bezirksdurchschnitt in der Höhe von 15 Euro.

Wir halten daher die Anhebung der Hundeabgabe auf 15 Euro je Hund für angemessen.

Verkehrsflächenbeitrag

Der Einheitssatz für die Vorschreibung von Verkehrsflächenbeiträgen wurde mit Verordnung des Landes ab 1. Jänner 2011 auf 65 Euro pro m² angehoben. Die Gemeinde hat den Einheitssatz mit Verordnung vom 5. Februar 1997 mit 32,70 Euro festgesetzt und seither nie verändert.

Im Hinblick auf die laufend steigenden Ausgaben im Bereich des Straßenbaues ist dieser reduzierte Einheitssatz anzupassen. Wir verweisen jedoch auch auf die Oö. Bauordnung 1994, § 20, Abs. 5.

Grundsteuer

Das Grundsteueraufkommen verlief in den letzten Jahren relativ gleichmäßig in einer Höhe von durchschnittlich rund 49.000 Euro jährlich (Grundsteuer A und B gesamt).

Zahlungsrückstände

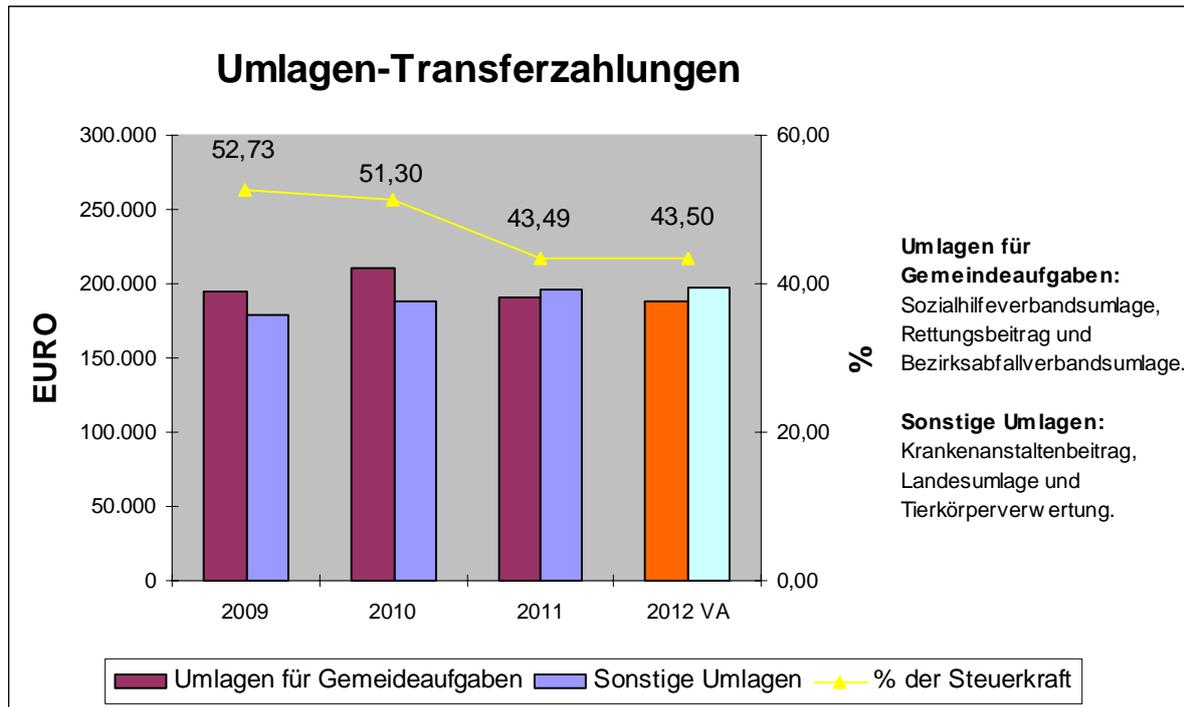
Die Rückstände an Steuern und Abgaben laut Saldenliste beziffern sich Ende 2011 auf rund 16.000 Euro, was einen Anteil von ca. 1 % des Gesamtjahresaufkommens darstellt. Zum Prüfungszeitpunkt (Mai 2012) waren es rund 8.000 Euro an Rückständen.

Ein Teil wurde zwischenzeitlich bereits beglichen, es sind Konkursverfahren anhängig bzw. werden Rückstände eingemahnt und bei Nichteinhaltung werden die Rückstände abgeschrieben. Bei Nichtbeachtung der Zahlungsfristen wird ein Säumniszuschlag von 2 % laut Bundesabgabenordnung (BAO) verrechnet.

Rund 67 % der Steuerpflichtigen zahlen die Hausbesitzabgaben mittels Abbuchungs- bzw. Einziehungsaufträgen.

Zur Reduzierung der Steuer- und Abgabenrückstände sollte die Gemeinde die Einhebung der Hausbesitzabgaben mittels Abbuchungs- bzw. Einziehungsaufträgen forcieren.

Umlagen



Die von der Gemeinde für die oben angeführten Bereiche in Form von Umlagen und Transferzahlungen zu erbringenden Geldleistungen bewegten sich im Betrachtungszeitraum zwischen rund 43 % und 53 % der Steuerkraft. In den vergangenen Jahren war ein starkes Sinken der zu erbringenden Geldleistungen zu verzeichnen. In den Jahren 2009 und 2010 stiegen die Umlagen deutlich stärker als das Steueraufkommen. Im Jahr 2011 stieg das Steueraufkommen stärker als die Umlagen. Das spiegelt sich grafisch in der Kurve "% der Steuerkraft" wider.

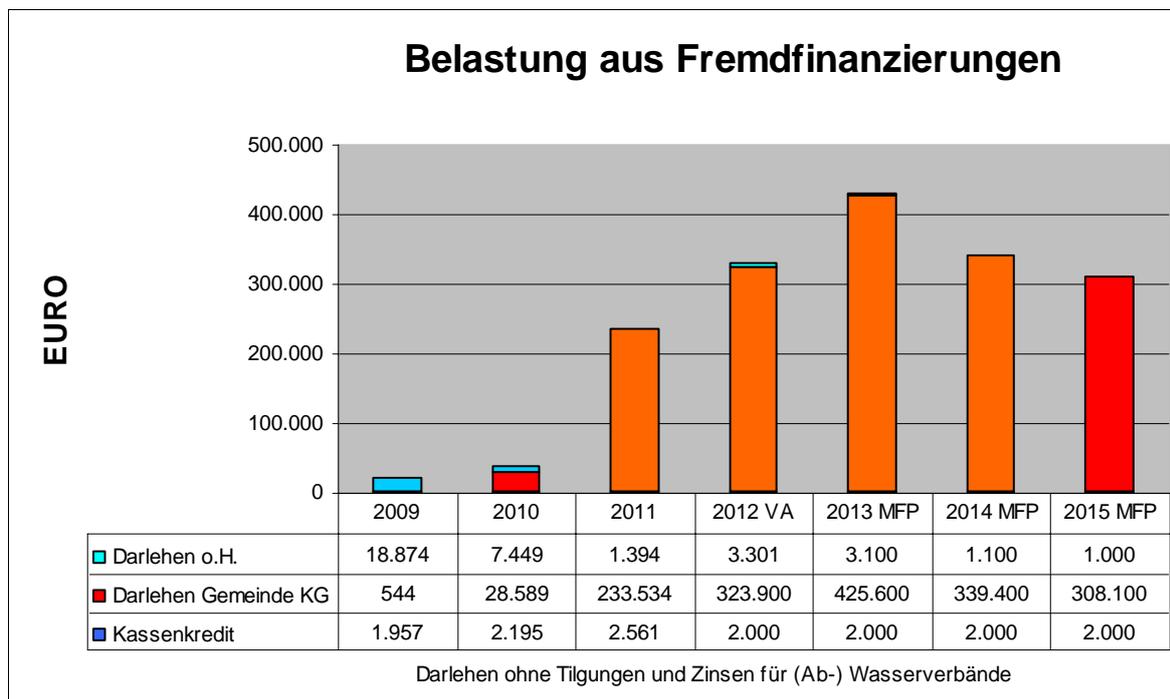
Die Sozialhilfeverbandsumlage verringerte sich in den letzten Jahren (-3,4 % bzw. rund 5.800 Euro von 2009 bis 2011), bei den Krankenanstaltenbeiträgen (+10,5 % bzw. rund 15.350 Euro von 2009 bis 2011) war ein kontinuierlicher Anstieg zu verzeichnen.

Die prognostizierten Umlagenzahlen für das Jahr 2011 zeigen, dass die Beiträge annähernd gleich bleiben werden und dass sich die Kurve "Prozent der Steuerkraft" auch nicht sichtlich verändert. Es wird erwartet, dass sich die Umlagen für gemeindeeigene Aufgaben um rund 1 % verringern und die sonstigen Umlagen um rund 0,5 % steigen werden. In Summe ergibt dies eine Verringerung von rund 0,5 % (rund 800 Euro.)

Auch die mittelfristigen Prognosen lassen in Bezug auf die Umlagenentwicklung keine Entschärfung der Kostensituation und damit der Beitragzahlungen erkennen.

	2009	2010	2011	2012 VA
SHV Umlage 419-752	€ 172.237	€ 186.701	€ 166.430	€ 166.500
Rotes Kreuz 530-7570	€ 6.360	€ 6.193	€ 6.447	€ 6.700
BAV Beitrag 813-752	€ 16.520	€ 17.351	€ 17.288	€ 15.500
Umlagen gemeindeeigene Aufgaben	€ 195.117	€ 210.246	€ 190.166	€ 188.700
Tierkörperverw. 528-755	€ 9.051	€ 9.051	€ 9.066	€ 9.100
Krankenanstalten 562-751	€ 146.287	€ 156.062	€ 161.642	€ 161.300
Landesumlage 930-751	€ 24.049	€ 23.433	€ 25.825	€ 26.800
Sonstige Umlagen	€ 179.387	€ 188.547	€ 196.533	€ 197.200
Umlagen gesamt	€ 374.504	€ 398.792	€ 386.699	€ 385.900

Fremdfinanzierungen



Im Bereich der Pro-Kopf-Verschuldung nahm die Gemeinde unter Heranziehung der Ergebnisse 2010 sowohl im landesweiten Vergleich (444 Gemeinden) als auch in jenem mit den 46 Gemeinden des Bezirkes Braunau am Inn den 422. bzw. 43. Rang eine positive Positionierung ein. Die Gemeinde liegt mit 398 Euro bei der Pro-Kopf-Verschuldung unter dem Landesdurchschnitt (1.938 Euro) bzw. unter dem Bezirksdurchschnitt (1.739 Euro).

Die aus Darlehensaufnahmen der Gemeinde und aus der Inanspruchnahme eines Kassenkredites aufgelaufenen Kreditzinsen belasteten den ordentlichen Haushalt des Jahres 2011 mit insgesamt rund 6.300 Euro. Gemessen an den Ausgaben des ordentlichen Haushaltes stellten sie damit einen Anteil von 0,4 % dar.

Darlehen

Zu Jahresende 2011 sind bei der Gemeinde Polling im Innkreis Darlehensbestände in einer Gesamthöhe von rund 305.100 Euro ausgewiesen. Davon entfallen 130.550 Euro auf derzeit zins- und tilgungsfreie Landesdarlehen und 161.410 Euro auf bezuschusste Bankdarlehen für die Abwasserbeseitigung. Darüber hinaus bestehen nicht bezuschusste Bankdarlehen in der Höhe von 8.140 Euro für den Hochwasserschutz bzw. 5.000 Euro für den Grundankauf für die Multifunktionshalle. Im Jahr 2011 kam es zu einer Darlehensaufnahme in der Höhe von 9.000 Euro für die Planung des Hochwasserschutzes.

Die Netto-Belastung aus dem Schuldendienst nach Abzug der gewährten Annuitätzuschüsse belief sich im Jahr 2009 auf 18.874 Euro, sank im Jahr 2010 auf 7.449 Euro und ergab im Jahr 2011 einen Wert von 1.394 Euro. Diese vergleichsweise günstigen Werte resultieren daraus, dass die Gemeinde bei mehreren Bauabschnitten Überschüsse aus den Annuitätzuschüssen erzielt. Die Überschüsse aus den Annuitätzuschüssen wurden zur vorzeitigen Rückzahlung der Darlehen verwendet.

Die Zinssätze der Darlehen sind an den 6-Monats-Euribor mit einem Aufschlag von 0,45 %, 0,12 % und 0,15 % gebunden. Die Zinssätze der Darlehen lagen zwischen 1,745 % und 2,16 %.

Kassenkredit

Im Voranschlag des Jahres 2012 ist der Höchstbetrag des möglichen Kassenkredites mit 215.000 Euro festgeschrieben. Der Sollzinssatz beim Kassenkredit ist wie mit der Bank vereinbart an den 3-Monats-Euribor mit einem Zuschlag von 0,19 % gebunden und damit relativ günstig. Im Jahr 2011 fielen Kassenkreditzinsen von 2.560 Euro an. Davon entfielen rund 260 Euro auf die Finanzierung von Fehlbeträgen im außerordentlichen Haushalt.

Der Kassenkredit wurde in den letzten Jahren jeweils bei der selben örtlichen Bank in Anspruch genommen. Weitere Vergleichsangebote wurden in der Vergangenheit nicht eingeholt.

Der Kassenkredit ist künftig jährlich beschränkt auszuschreiben bzw. sind mehrere Vergleichsangebote einzuholen. Es wird empfohlen, auch während der Laufzeit, das heißt unterjährig, auf die Marktkonformität der Zinssätze zu achten und eventuell nach zu verhandeln.

Leasing

Zum Prüfungszeitpunkt bestanden keine Leasingverträge bei der Gemeinde.

Haftungen

Zum Ende des Finanzjahres 2011 bestanden Haftungen in der Höhe von rund 1.844.000 Euro, die zur Gänze für die VFI der Gemeinde Polling im Innkreis & Co KG übernommene Verpflichtungen darstellen. Es wurden Haftungen für die Multifunktionshalle (rund 661.200 Euro) und die Sanierung der Volksschule und Kindergarten (rund 1.182.800 Euro) übernommen.

Rücklagen

Zum 31. Dezember 2011 wurde folgender Rücklagenbestand ausgewiesen:

Kanalanschlussgebühr/Aufschließungsbeiträge	€	104.989
Rücklage Bürgermeisterpension	€	7.184
Rücklage für Baugrundankauf	€	50.205
Gesamtsumme:	€	162.377

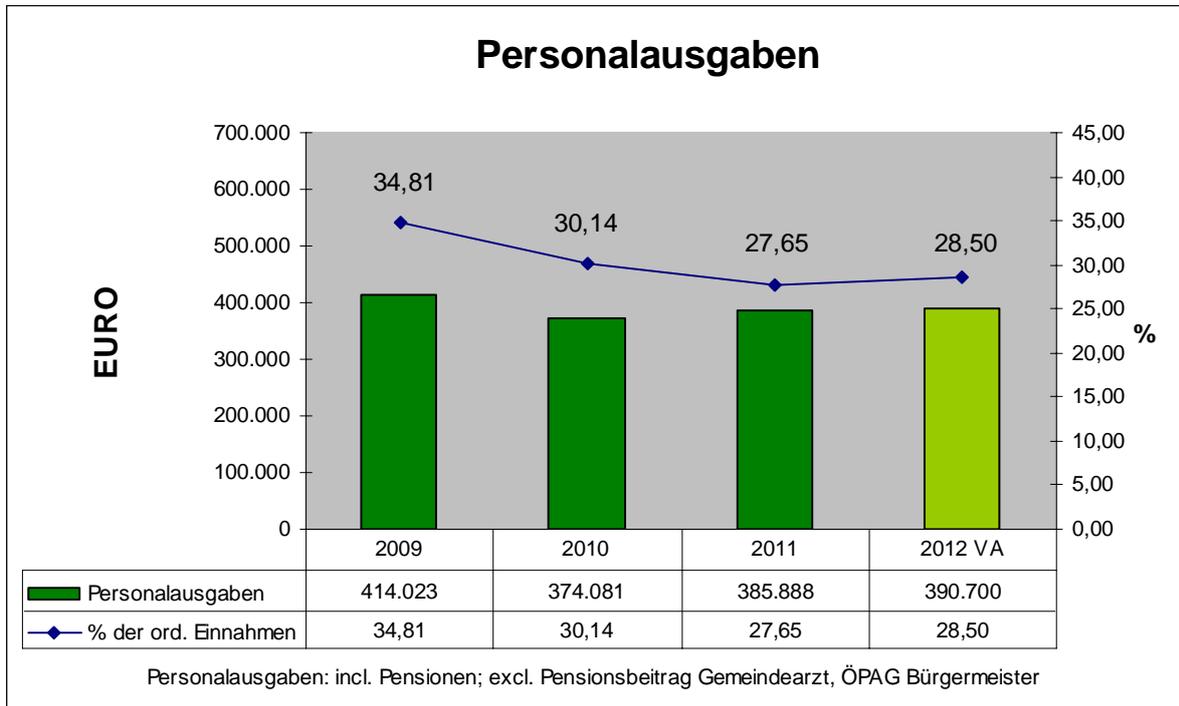
Die Rücklage für den Baugrundankauf soll nach Auskunft des Amtsleiters später wieder für den Ankauf von Baugründen verwendet werden.

Im Jahr 2011 wurde der Rücklagenbestand durch Rückflüsse aus dem Verwahrgeldkonto (Kassenbestandsverstärkung) wieder aufgefüllt.

Der Habenzinssatz bei den Rücklagen beträgt 0,5 %.

Es wird empfohlen, auch während der Laufzeit, das heißt unterjährig, auf die Marktkonformität der Zinssätze zu achten und eventuell nachzuverhandeln.

Personal



Die Personalausgaben der Gemeinde Polling im Innkreis sind von 2009 bis 2011 um 28.135 Euro auf 385.888 Euro gesunken. Während in den Jahren 2009 rund 35 % und 2010 rund 30 % der ordentlichen Einnahmen für die Entlohnung des Personals aufgewendet werden mussten, sank der Anteil im Jahr 2011 auf rund 28 %.

Aufgrund der Berechnung der Personalkosten pro Bediensteten aus dem Jahr 2010 lag die Gemeinde mit 37.520 Euro sowohl unter dem Bezirksdurchschnitt von 41.424 Euro als auch dem Landesdurchschnitt von 44.152 Euro.

Die Aufwendungen für das Personal bezifferten sich im Haushaltsjahr 2009 auf 414.023 Euro und verringerten sich im Jahr 2010 auf 374.081 Euro. Im Jahr 2011 kam es zu einer geringen Steigerung der Personalaufwendungen auf 385.888 Euro. An den ordentlichen Jahreseinnahmen gemessen beziffert sich der Anteil auf etwa 27,65 %. Werden jedoch zusätzlich die von den Bediensteten geleisteten Pensionsbeiträge und die für das Kindergartenpersonal gewährten Landeszuschüsse in Abzug gebracht, so errechnet sich für das Haushaltsjahr 2011 eine tatsächliche Netto-Belastung von rund 252.200 Euro bzw. ein Anteil an den ordentlichen Einnahmen von rund 16 %, womit sich das Ergebnis noch günstiger darstellt.

Die Personalkosten bewegten sich in den Jahren 2010 und 2011 im Rahmen der üblichen Lohnerhöhungen bzw. Beförderungen und Vorrückungen. Der hohe Wert im Jahr 2009 war auf die Auszahlung einer Abfertigung bzw. Pensionierung einer Bediensteten in der Verwaltung zurückzuführen.

Im Finanzjahr 2011 waren insgesamt 11 Bedienstete (sowohl Teil- als auch Vollzeitbeschäftigte) mit rund 8 Personaleinheiten (PE) in den nachstehenden Bereichen beschäftigt, wobei Vergütungsleistungen zwischen den einzelnen Kostenstellen nicht berücksichtigt wurden:

Ansatz	Anzahl Bed.	Personalaufw.	PE
Allgemeine Verwaltung	3	€ 136.573	2,75
Kindergarten (3 Pädagoginnen, 1 Stützkraft, 1Helferin)	5	€ 139.949	3,47
Bauhof und Reinigung (1 Bauhofarbeiter, 2 Raumpflegerinnen)	3	€ 60.691	1,85

Dienstpostenplan

Der Dienstpostenplan wurde vom Gemeinderat zuletzt im Zuge der Festsetzung des Voranschlages 2012 beschlossen.

Die festgesetzten Dienstposten bewegen sich im Rahmen der Oö. Gemeinde-Dienstpostenplanverordnung bzw. der Oö. Gemeinde-Dienstpostenplanverordnung 2002 und entsprechen der Einreichungsverordnung unter Bedachtnahme auf die Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit.

Organisation

Der Geschäftsverteilungsplan, in dem die Aufgabengebiete und zugleich die Verantwortungsbereiche der einzelnen Bediensteten umschrieben sind, wies zum Zeitpunkt der Überprüfung im Jahr 2012 aufgrund der im Laufe der Jahre erfolgten Personaleinstellungen keine Aktualität mehr auf.

Eine Neuerstellung bzw. Aktualisierung des Geschäftsverteilungsplanes ist daher erforderlich. Ebenfalls sind die Arbeitsplatzbeschreibungen der einzelnen Bediensteten auf den laufenden Stand zu bringen.

Darüber hinaus empfehlen wir, so genannte Mitarbeiter-Gespräche einzuführen. Sinn und Zweck von Zielvereinbarungen ist es, mit jedem/r Mitarbeiter/in spezifische Ziele in Abstimmung mit den Organisationszielen zu vereinbaren und zu dokumentieren. Folglich ist über das abgelaufene Jahr Rückschau zu halten und den Mitarbeiter/innen dabei entsprechendes Feedback zu geben. Wesentliche Erfolgsgröße ist dabei, dass die fachliche und persönliche Entwicklung gezielt gesteuert wird.

Wir sind der Meinung, dass dadurch die Eigenständigkeit und Arbeitszufriedenheit der Mitarbeiter/innen entsprechend gestärkt und verbessert werden könnte.

Es wird daher empfohlen, in allen Bereichen Mitarbeitergespräche durchzuführen, in denen die fachlichen und persönlichen Ziele der einzelnen Mitarbeiter definiert und darauf aufbauend Aus- und Fortbildungsmaßnahmen festgelegt werden. Weiters verweisen wir auf den Erlass IKD(Gem)-200213/3-2011-Dau vom 29. November 2011.

Aus- und Fortbildung

Für die Aus- und Fortbildung der Gemeindebediensteten wurden im Jahr 2011 rund 3.700 Euro (= ca. 1 % der Personalausgaben) ausgegeben. Bei den Fortbildungsmaßnahmen handelte es sich um Fachkurse (zB. Workshop Weblohn, Kommunalsteuer, Standesamtskurs usw.). Die Kurse wurden hauptsächlich von den Verwaltungsbediensteten besucht. Diesem wichtigen Bereich ist auch zukünftig ein hoher Stellenwert einzuräumen.

Allgemeine Verwaltung

Nach den Dienstpostenplanrichtlinien hätte die Gemeinde Polling im Innkreis mit 947 Einwohnern (zum Stichtag der letzten Gemeinderatswahl) die Möglichkeit, in der Verwaltung bis zu drei Bedienstete anzustellen. Tatsächlich werden dort derzeit 2,75 Personaleinheiten beschäftigt. Diese Posten sind von zwei vollbeschäftigten und einer teilbeschäftigten Bediensteten besetzt. Dies entspricht einer Ausschöpfung des möglichen Dienstpostenplanrahmens von rund 92 %.

Gegenüber Gemeinden in vergleichbarer Größe liegt die Gemeinde mit diesem Wert in einem angemessenen Rahmen. Gemessen an der Einwohnerzahl fallen auf eine Personaleinheit rund 344 Einwohner. Mit dem derzeit besetzten Dienstposten wird das Auslangen gefunden.

Für die Zukunft sind auch Kooperationsprojekte mit Nachbargemeinden im Verwaltungsbereich zu prüfen.

Kindergarten

Für die Betreuung der Kindergartenkinder stehen drei Kindergartenpädagoginnen zur Verfügung. Die Pädagoginnen sind teilbeschäftigt mit 92,5 %, 90,63 % und 76,25 %. Hinzu kommt noch eine Kindergartenhelferin, die zu 40,5 % teilbeschäftigt ist und eine Stützkraft mit einem Beschäftigungsausmaß von 25 %. Bei der Helferin entspricht die Helfertätigkeit durchschnittlich je Gruppe 0,2 Personaleinheiten, bei den Kindergartenpädagoginnen sind es 1,3 Personaleinheiten je Gruppe. Die Personalbesetzung liegt in diesem Bereich für einen alterserweiterten Kindergarten im üblichen und angemessenen Rahmen.

Bauhof

Im Bauhof der Gemeinde ist zum Prüfungszeitpunkt ein vollbeschäftigter Gemeindefacharbeiter tätig. Der Bedienstete ist auch als Schulwart in der Volksschule und für die Grünanlagenpflege und Instandhaltung im Kindergarten zuständig. Für diese Tätigkeiten werden rund 4 Stunden für den Kindergarten und rund 6 Stunden für die Volksschule pro Woche aufgewendet. Bezogen auf die Gemeindegröße stellt dies einen angemessenen Wert dar. Damit kann das Auslangen gefunden werden.

Reinigung

Der Reinigungsdienst wird von zwei Bediensteten zu 22 % und 62,5 % Teilzeitbeschäftigung wahrgenommen. Der Reinigungsdienst teilt sich auf die Bereiche Gemeindeamt, Volksschule und Kindergarten auf.

Für das Gemeindeamt wird der Reinigungsdienst von einer Raumpflegerin mit einem Beschäftigungsausmaß von 22 % wahrgenommen.

Der Reinigungsdienst in der Volksschule und im Kindergarten wird ebenfalls von einer teilzeitbeschäftigten Raumpflegerin (62,5 %) wahrgenommen.

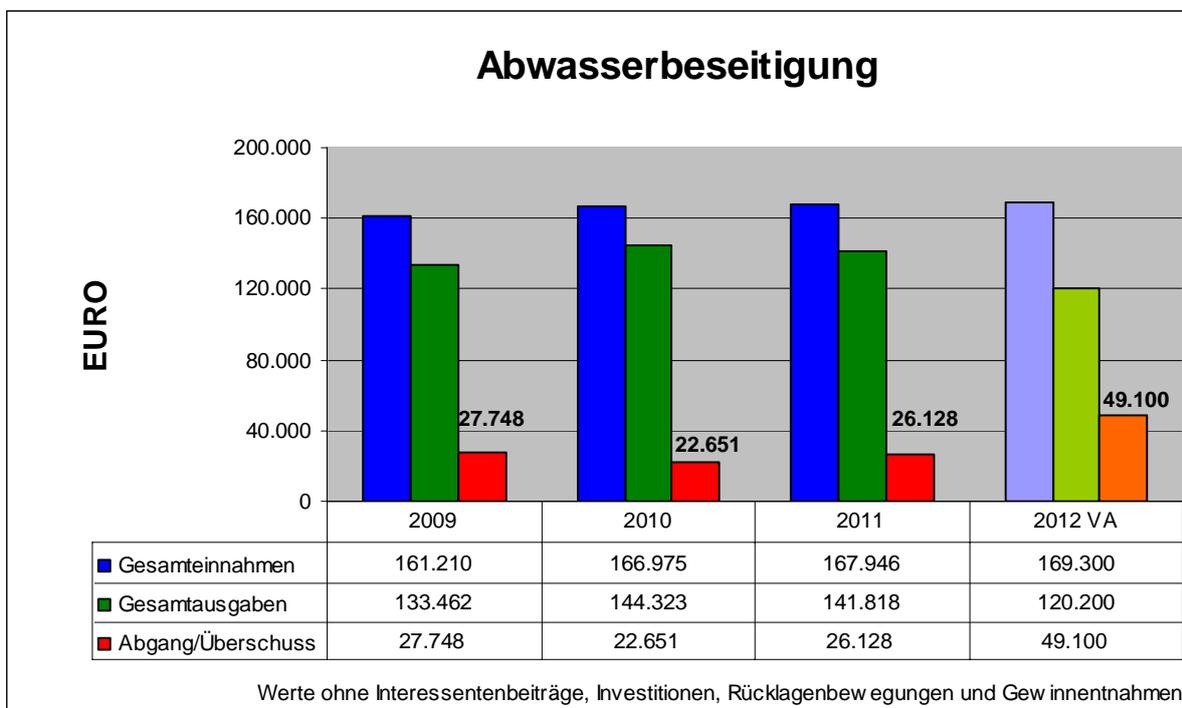
Bezogen auf die Gemeindegröße stellt dies einen angemessenen Wert dar. Es wird in den nächsten Jahren keine Erweiterung geben.

Weiters ist noch eine teilzeitbeschäftigte Bedienstete für die Busbegleitung im Kindergarten und die Schülersaufsicht in der Volksschule, mit einem Beschäftigungsausmaß von 22 %, zuständig.

Im Vergleich zu anderen Gemeinden in dieser Größenordnung ist die Personalbesetzung in einem angemessenen Rahmen. Eine Ausweitung der Stunden sollte jedoch nicht mehr erfolgen.

Öffentliche Einrichtungen

Abwasserbeseitigung



Die Gemeinde verfügt über ein gut ausgebautes Abwasserbeseitigungsnetz mit einem Anschlussgrad von ca. 72 %. Damit ist das Gemeindegebiet weitestgehend an die öffentliche Abwasserversorgungsanlage angeschlossen. Die Abwässer werden in die Kläranlage des Reinhalteverbandes Polling und Umgebung eingeleitet, wofür die Gemeinde im Jahr 2011 anteilige Betriebskosten von rund 44.300 Euro zu entrichten hatte.

Bei den in der Grafik dargestellten Gesamteinnahmen handelt es sich um die jährlichen Einnahmen abzüglich der jeweiligen Anschlussgebühren. Im Jahr 2009 wies die Einrichtung der Abwasserbeseitigung einen Überschuss in der Höhe von 27.748 Euro aus. Im Jahr 2010 konnte ein Überschuss von 22.651 Euro und im Jahr 2011 ein Überschuss von 26.128 Euro erzielt werden.

Die Gebarungssituation stellt sich im Bereich der Abwasserbeseitigung vor allem deshalb positiv dar, da die Gemeinde beim Bauabschnitt 01 im Jahr 2010 Überschüsse aus den Annuitätenzuschüssen gegenüber dem tatsächlichen Schuldendienst erzielte und sich auch die nächsten Jahre dies nicht ändern wird, wenn die Zinsen nicht höher werden.

Die eingenommenen Interessentenbeiträge wurden dem außerordentlichen Haushalt bzw. einer Rücklage zugeführt. Der Anschlusszwang wird nach Auskunft der Gemeinde im Bereich der 50-Meter-Zone durchgeführt.

Gebühren

Die in der Kanalgebührenordnung der Gemeinde Polling im Innkreis festgelegten Anschluss- und Benützungsgebühren entsprachen in den vergangenen Jahren jeweils den vom Land Oberösterreich vorgegebenen Mindestgebühren.

Für das Jahr 2011 beträgt die Benützungsgebühr inklusive 20 Cent für Abgangsgemeinden 3,42 Euro und die Mindestanschlussgebühr 2.891 Euro je exkl. Umsatzsteuer. Im Jahr 2012 werden 3,53 Euro Benützungsgebühren und 2.990 Euro Mindestanschlussgebühr eingehoben.

Die Kosten für den Erwerb, den Einbau und die Wartung des Wasserzählers trägt der Liegenschaftsbesitzer. Für die erforderliche Eichung des Wasserzählers (alle 5 Jahre) hat der Anschlusspflichtige selbst zu sorgen. Ein entsprechendes Prüfungszertifikat ist der Gemeinde bis spätestens 2 Monate nach Ablauf der 5-Jahresfrist unaufgefordert vorzulegen.

Für die Bereitstellung des Kanalnetzes wird für angeschlossene aber unbebaute Grundstücke eine jährliche Kanalbereitstellungsgebühr erhoben. Gebührenpflichtig ist der Eigentümer des an die Kanalisation angeschlossenen, jedoch unbebauten Grundstückes. Die Bereitstellungsgebühr beträgt einheitlich für alle Grundstücke € 150,--.

Gebührenkalkulation

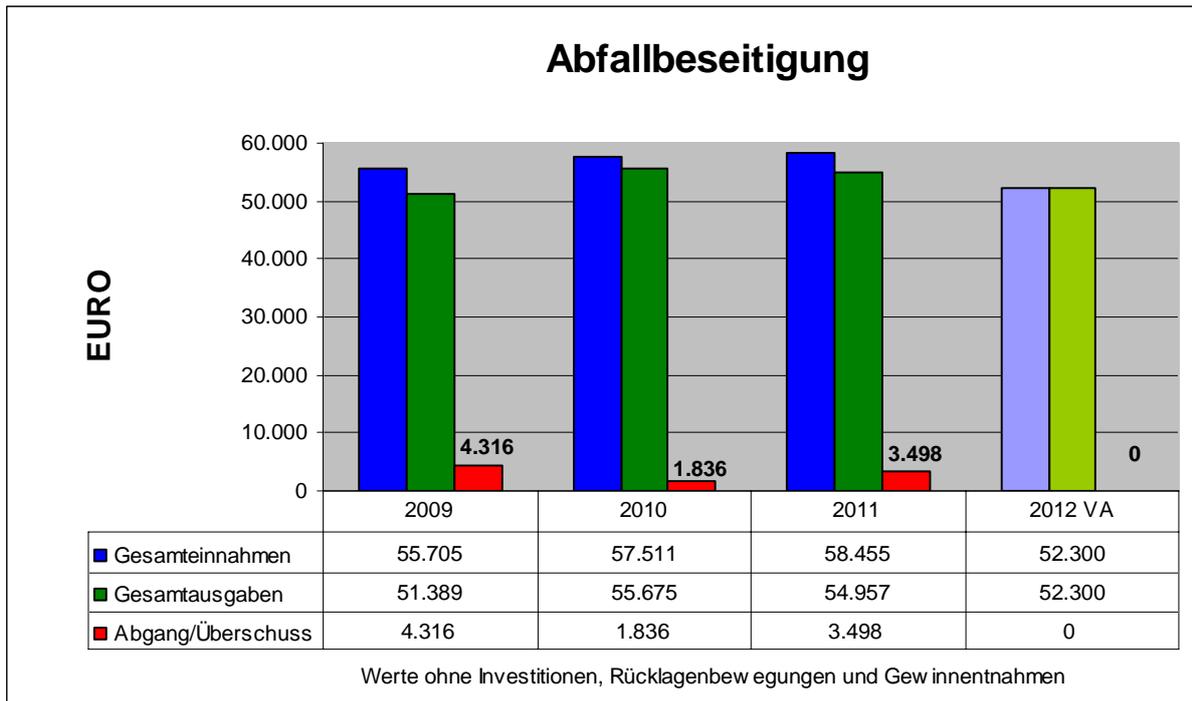
Die Gebührenkalkulation bestätigt, dass die Gemeinde dem Erfordernis der Einhebung der landesweit gültigen Mindestgebühren + 20 Cent für Abgangsgemeinden nachkommt.

Die Ausgaben deckende Gebühr liegt bei rund 4 Euro, die kostendeckende bei 5,50 Euro.

Verwaltungskostentangente

Die Gemeinde hat im Interesse einer umfassenden Kostenzuordnung in der Buchhaltung eine jährliche Verwaltungskostentangente in Form einer Vergütung dargestellt.

Abfallbeseitigung



Die Gemeinde Polling im Innkreis betreibt für die regelmäßige Erfassung der im Gemeindegebiet anfallenden Hausabfälle und sperrigen Abfälle eine öffentliche Abfallabfuhr. Die Sammlung der Hausabfälle erfolgt im gesamten Gemeindegebiet vierwöchentlich. Sperrige Abfälle können im Altstoffsammelzentrum Altheim und Aspach 4-Sonnen abgegeben werden.

Der Betrieb der Abfallbeseitigung verzeichnete in den vergangenen drei Jahren Überschüsse die zur Stützung des Haushaltsergebnisses im ordentlichen Haushalt belassen wurden. Zuletzt konnte im Jahr 2011 zur Verstärkung des allgemeinen Budgets ein Betrag von rund 3.500 Euro erwirtschaftet werden. In den angeführten Betriebsergebnissen ist eine Verwaltungskostentangente enthalten.

Eine Abfallgebührenerhöhung erfolgte in den letzten Jahren nicht. Im Hinblick auf die Tatsache, dass der Betrieb der Abfallbeseitigung in den vergangenen Jahren positive Gebarungsergebnisse auswies, ist eine Erhöhung der Abfallgebühren nicht erforderlich.

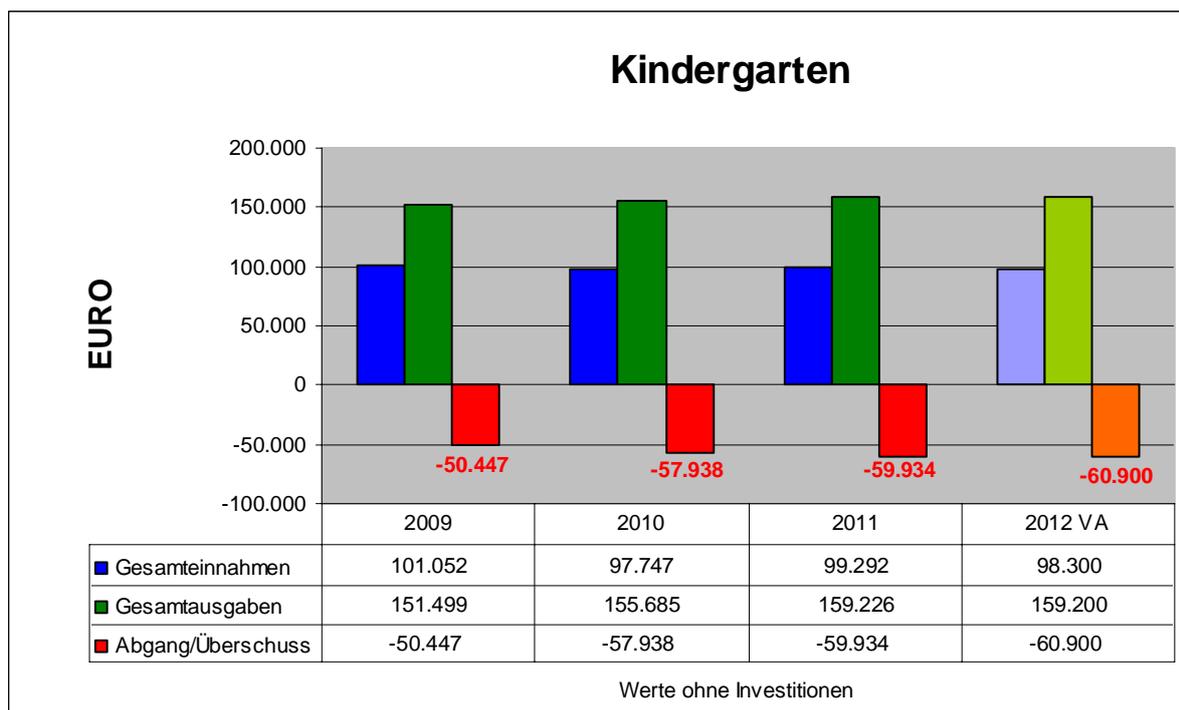
Die Gebühr für eine haushaltsübliche Abfalltonne von 90 Liter beträgt 6,56 Euro und für eine Abfalltonne von 120 Liter 8,02 Euro.

Biomüll und Kompostierung

Die Gemeinde Polling im Innkreis hat seit März 2011 für die regelmäßige Erfassung der im Gemeindegebiet anfallenden biogenen Abfälle eine öffentliche Bioabfallabfuhr eingeführt. Für die Kompostierung bedient sich die Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben des Bezirksabfallverbandes Braunau am Inn, welcher die Verwertung der biogenen Abfälle organisiert.

Die Gebühr für die vorgesehene Abholung der Biotonnenabfälle beträgt für eine Biotonne von 120 Liter 1 Euro und für 240 Liter 2 Euro.

Kindergarten



Die Gemeinde Polling im Innkreis betreibt einen Kindergarten nach den Bestimmungen des Oö. Kinderbetreuungsgesetzes. Der zweigruppige alterserweiterte Kindergarten der Gemeinde wird als Halbtageskindergarten ohne Mittagsbetrieb geführt.

Öffnungszeiten:

Montag bis Freitag von 7:30 Uhr bis 12:30 Uhr und für Schulanfänger an einem Nachmittag in der Woche von 13:30 Uhr bis 15:30 Uhr.

Die Hauptferien sind vom 16. Juli bis zum 31. August festgelegt. Die Weihnachtsferien, Oster-, Semester- und Pfingstferien richten sich nach den Ferien an der Volksschule Polling im Innkreis.

Da die Gemeinde relativ lange Hauptferien hat, besteht die Möglichkeit, laut Oö. Kinderbetreuungsgesetz, § 8 Abs. 2, dass bei entsprechendem Bedarf der Eltern auch kürzere Hauptferien festgesetzt oder von der Festsetzung von Hauptferien abgesehen werden kann.

Für die Aufnahme eines gemeindefremden Kindes wird ein Gastbeitrag von 100 Euro für jeden Monat eingehoben. Für Kinder in alterserweiterten Gruppen (zB. Kinder die jünger sind als 30 Monate, Volksschüler und Kinder die keinen Hauptwohnsitz in Oberösterreich haben) ist der Besuch des Kindergartens kostenpflichtig.

Ausgehend von der maximalen Belegkapazität (41 Kinder) und der tatsächlichen durchschnittlichen Frequenz (31 Kinder) war der Kindergarten im Prüfungszeitraum mit rund 76 % ausgelastet. Im Kindergartenjahr 2011/2012 besuchen drei Kinder unter drei Jahren, ein Integrationskind und 27 Kindergartenkinder den Kindergarten, dadurch ist eine Auslastung von rund 82 % gegeben. In den Kindergartenjahren 2010/2011 besuchten 31 Kinder (fünf Kinder unter drei Jahren und 26 Kindergartenkinder) und 2009/2010 waren es 30 Kinder (drei Kinder unter drei Jahren und 27 Kindergartenkinder) den Kindergarten Polling im Innkreis.

Im Finanzjahr 2011 verzeichnete der Kindergarten (ohne Transport) einen Betriebsabgang in der Höhe von 59.934 Euro. Dies entspricht bezogen auf derzeit 31 Kinder einem Zuschussbedarf pro Kind und Jahr von rund 1.930 Euro. Aktuell besuchen acht Kinder aus der Stadt Altheim und ein Kind aus der Marktgemeinde Aspach den Kindergarten Polling im Innkreis. Dafür wurde ein Gastbeitrag in der Höhe von 8.350 Euro eingehoben.

Die Betreuung im Jahr 2011 erfolgte durch drei Kindergartenpädagoginnen (2,6 PE)⁵, eine Kindergartenhelferin (0,4 PE) und eine Stützkindergärtnerin (0,25 PE). Die Busbegleitung wird von der Kindergartenhelferin erledigt.

Ein Bastelbeitrag wird von der Gemeinde nicht eingehoben. Allerdings erfolgen nach Auskunft der Gemeinde im Einzelfall für Projektabwicklungen Kostenvorschreibungen.

Kindergartentransport

Für den Transport der Kindergartenkinder erwuchs der Gemeinde im Jahr 2011 unter Berücksichtigung des hierfür erhaltenen Landeszuschusses und des von den Eltern eingehobenen monatlichen Transportkostenbeitrages von 8 Euro eine Nettobelastung von rund 2.590 Euro, was einem Beitrag der Gemeinde von rund 430 Euro pro transportiertem Kind gleichkommt. Für die Busbegleitung ist eine Bedienstete mit einem Beschäftigungsausmaß von 16 % zuständig.

Ein Vertrag mit dem betrauten Transportunternehmen lag bei der Gemeinde auf. Der Kindergartentransport wird mit einem Fahrzeug durchgeführt. Es werden täglich zwei Fahrten im Gesamtausmaß von rund 42,3 km zurückgelegt. In den letzten zwei Jahren wurden sechs Kinder transportiert.

⁵ PE = Personaleinheiten

Ausgegliederte Unternehmungen

Verein zur Förderung der Infrastruktur der Gemeinde Polling im Innkreis & Co KG

Für die Volksschulsanierung sowie die Errichtung einer Mehrzweckhalle wurde eine "gemeindeeigene" Kommanditgesellschaft (KG) gegründet. Der Gesellschaftsvertrag wurde in der Gemeinderatssitzung vom 12. Dezember 2007 beschlossen und in Folge mit 7. April 2008 aufsichtsbehördlich genehmigt.

Mit Gesellschaftsvertrag vom 12. Dezember 2007 hat sich der Verein und die Gemeinde Polling im Innkreis zur Förderung der Infrastruktur der Gemeinde Polling im Innkreis und die "Verein zur Förderung der Infrastruktur der Gemeinde Polling im Innkreis & CoKG" zusammengeschlossen. Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Verwaltung und die Verwertung von Liegenschaften, Gebäuden und sonstigen Bauwerken zum Zwecke einer geordneten Infrastrukturentwicklung der Gemeinde Polling im Innkreis. In der Gesellschaft ist der Verein zur Förderung der Infrastruktur der Gemeinde Polling Komplementär und die Gemeinde Polling Kommanditistin.

In der Gemeinderatssitzung vom 12. Dezember 2007 hat die Gemeinde beschlossen, die von ihr als Körperschaft öffentlichen Rechts wahrzunehmende Aufgabe der Errichtung und Verwaltung der Gebäudeinfrastruktur von Einrichtungen der Sport-, Musik- und Kulturpflege sowie des Volksschul- und Kindergartenwesens auszugliedern und an die KG zu übertragen. Die Eintragung im Firmenbuch erfolgte mit 10. April 2008.

Miete

Es bestehen bei der KG Mietverträge für die Volksschule und Kindergarten und die multifunktionelle Mehrzweckhalle inklusive Asphaltstockbahnen mit Klubräumen, Fußballclubgebäude und Fußballplatz.

An Miete zahlte die Gemeinde im Jahr 2011 rund 9.062 Euro⁶ sowie Betriebskosten von 13.463 Euro (jeweils inkl. Ust.) für beide Objekte. Nach der Endabrechnung wird der endgültige Mietzins berechnet.

Aus Sicherheitsgründen sollte eine Prüfung durch das im Zuge der KG-Gründung beauftragte Steuerberatungsunternehmen erfolgen, damit eine Neuberechnung des Mietzinses nach Vorlage der Endabrechnung möglich ist.

Eine Übertragungsverordnung für die Zustimmung der Gemeinde zu Vergaben der KG im Rahmen des Budgets wurde im Gemeinderat am 21. Oktober 2009 beschlossen.

Die Summe der Jahreseinnahmen sowie der Jahresausgaben im ordentlichen Haushalt betrug rund 60.000 Euro. Somit war der ordentliche Haushalt im Jahr 2011 ausgeglichen. Die Summe der Jahreseinnahmen im außerordentlichen Haushalt betragen rund 2.442.180

⁶ Volksschule/Kindergarten: Miete rund 3.850 Euro, Betriebskosten rund 9.143 Euro
Mehrzweckhalle: Miete rund 5.212 Euro, Betriebskosten rund 4.320 Euro

Euro, die Summe der Jahresausgaben im außerordentlichen Haushalt betrug rund 2.375.950 Euro. Dies ergab einen Überschuss in der Höhe von rund 66.230 Euro.

Der Schuldenstand betrug am Jahresanfang 2011 rund 1.972.095 Euro und am Jahresende rund 1.844.039 Euro. Im Schuldenstand sind Zwischenfinanzierungsdarlehen in der Höhe von rund 1.585.000 Euro enthalten. In den letzten Jahren kam es zu keiner Aufnahme eines Kassenkredites für die KG.

Die Rechnungsabschlüsse wurden jeweils vom Prüfungsausschuss der Gemeinde geprüft, vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen und in der Gesellschafterversammlung ordnungsgemäß beschlossen.

Darlehen

Zu Jahresende 2011 waren bei der Kommanditgesellschaft Darlehensbestände in einer Gesamthöhe von rund 1.844.000 Euro ausgewiesen. Davon entfielen rund 661.200 Euro auf die Errichtung der Multifunktionshalle und rund 1.182.800 Euro auf die Sanierung der Volksschule und Kindergarten. Im Schuldenstand sind Zwischenfinanzierungsdarlehen in der Höhe von 1.585.000 Euro enthalten. Im Jahr 2011 kam es zu einer Darlehensaufnahme in der Höhe von 69.000 Euro⁷. Die Netto-Belastung aus dem Schuldendienst belief sich im Jahr 2011 auf rund 233.500 Euro. Die Zinssätze der Darlehen lagen bei 1,23 und 1,44 %.

Errichtung einer Multifunktionellen Halle mit Klubräumen

Am 27. Juli 2009 wurde der Gemeinde Polling im Innkreis die Bewilligung für die Ausschreibung und den Baubeginn erteilt. Mit der Errichtung der Multifunktionellen Halle mit Klubräumen für die Sektion Fußball und Stockschießen und der erforderlichen Außenanlagen (Parkplätzen) wurde am 28. September 2009 begonnen. Die Eröffnung der Multifunktionellen Halle erfolgte am 12. September 2010. Die endgültige Fertigstellung des Gebäudes erfolgte im Mai 2012.

Der aufsichtsbehördlich genehmigte Finanzierungsplan samt Genehmigung gemäß § 86 Oö. Gemeindeordnung 1990 datiert vom 7. September 2009 und lautet auf eine Baukostensumme von 1.100.000 Euro. Aufgrund einer neuerlichen Kostenschätzung kam es zu einer Erhöhung der Baukosten von rund 135.000 Euro. Der neu genehmigte Finanzierungsplan lautet auf eine Baukostensumme von 1.235.000 Euro. Das Vorhaben soll durch ein Darlehen (170.000 Euro), Eigenleistungen der Vereine (150.000 Euro), einen Landeszuschuss des Sportressorts (180.000 Euro), einen Landeszuschuss aus dem Straßenressorts (30.000 Euro), einen Landeszuschuss aus dem Dachverband Sportunion (20.000 Euro), einen Landeszuschuss aus dem Oö. Fußballverband (20.000 Euro), einen Landeszuschuss aus dem Kulturressort (100.000 Euro) und Bedarfszuweisungsmittel (565.000 Euro) finanziert werden. An Finanzierungskosten sind noch die restlichen 165.000 Euro an Bedarfszuweisungsmitteln ausständig, die in den Jahren 2014 und 2015 ausbezahlt werden. Weiters sind noch 180.000 Euro Landeszuschüsse des Sportressorts und 10.000 Euro Landeszuschüsse des Kulturressorts ausständig, die in den nächsten Jahren jedoch erfolgen werden.

Die Ausgabensumme lag zum Prüfungszeitpunkt bei rund 1.235.000 Euro. Laut Auskunft des Amtsleiters sind keinerlei Rechnungen mehr ausständig und daher konnte die Gemeinde mit

⁷ Darlehensaufnahme 2011: 30.000 Euro für die Errichtung der Mehrzweckhalle, 39.000 Euro für die Sanierung der Volksschule und Kindergarten.

den Kosten laut Finanzierungsplan das Auslangen finden. Laut Auskunft des Amtsleiters werden die Schlussrechnungsunterlagen nach Erhalt bzw. Überprüfung des Steuerberaters zur Überprüfung dem Amt der Oö. Landesregierung vorgelegt.

Für die einzelnen Professionistenarbeiten wurden Ausschreibungen durchgeführt. Die Vergabezustimmungen wurden vom zuständigen Organ Gemeindevorstand (Übertragungsverordnung) eingeholt. Es lagen sowohl die Angebotseröffnungsprotokolle und auch (Leer-) Leistungsverzeichnisse als auch die Nachweise über die Verständigung der nicht zum Zuge gekommenen Mitbieter bei der Gemeinde auf.

Sanierung der Volksschule und Kindergarten

Die Gründe für die Sanierung der Volksschule und den Kindergarten lagen in den schalldämmenden Maßnahmen beim Turnsaal und der Neugestaltung der Pausenhalle. Beim Lokalausganschein hinsichtlich der obigen geplanten Sanierungsmaßnahmen wurden auch sicherheits- und brandschutztechnische Mängel festgestellt. Auch die Barrierefreiheit des Schulgebäudes war nicht gegeben und es fehlte ein behindertengerechtes WC. Weiters waren die Fenster undicht, sodass im Winter zeitweise nur Temperaturen von 16 bis 17 Grad in den Klassenräumen erreicht wurden und der Heizölverbrauch mit ca. 17.000 Liter relativ hoch war. Es wurde der Gemeindevertretung und dem Schulleiter geraten, die notwendigen Maßnahmen im Rahmen einer Generalsanierung durchzuführen. Die Volksschule wurde während der Sanierung in den Saal des ortsansässigen Gasthauses und der Kindergarten in die ehemaligen Räumlichkeiten eines Verkaufs-Shops übersiedelt. Mit den Sanierungsarbeiten wurde am 26. April 2010 begonnen. Mit Schulbeginn des Schuljahres 2010/2011 wurden nach nur 5-monatiger Bauzeit im September 2010 die generalsanierte Volksschule und der Kindergarten wieder bezogen.

Mit Erlass des Amtes der Oö. Landesregierung vom 20. Mai 2009 wurde der Gemeinde Polling im Innkreis die Genehmigung gemäß § 86 der Oö. Gemeindeordnung 1990 für die Sanierung und Erweiterung der Volksschule samt Generalsanierung des Kindergartens erteilt. Die Baukostensumme lautet auf 1.450.277 Euro.

Das Vorhaben soll durch ein Darlehen (130.000 Euro), Anteilsbeträge (277 Euro), einen Landeszuschuss für den Kindergarten (180.000 Euro) und für den Schulbau (480.000 Euro) und Bedarfszuweisungsmittel für den Kindergarten (180.000 Euro) und den Schulbau (480.000 Euro) finanziert werden. Es wurden bereits Bedarfszuweisungsmittel in der Höhe von 170.000 Euro flüssig gemacht, die restlichen 490.000 Euro werden in den Jahren 2013 bis 2017 ausbezahlt. An Landeszuschüssen wurden 160.000 Euro flüssig gemacht, die noch ausstehenden 20.000 Euro für das Jahr 2010 werden erst nach Vorliegen der Endabrechnung für den Kindergartenbereich zur Anweisung gebracht. Die restlichen Landeszuschüsse in der Höhe von 480.000 werden in den Jahren 2012 bis 2017 flüssig gemacht.

Die Ausgabensumme lag zum Prüfungszeitpunkt bei rund 1.445.590 Euro. Damit konnte zum Prüfungszeitpunkt mit den Kosten laut Finanzierungsplan das Auslangen gefunden werden. Laut Auskunft des Amtsleiters sind nur noch kleinere Rechnungen offen. Wenn diese eingelangt sind, wird er noch im Sommer 2012 die Endabrechnung machen können und dann zur Überprüfung dem Amt der Oö. Landesregierung vorlegen.

Für die einzelnen Professionistenarbeiten wurden Ausschreibungen durchgeführt. Die Vergabezustimmungen wurden vom zuständigen Organ Gemeindevorstand (Übertragungsverordnung) eingeholt. Es lagen sowohl die Angebotseröffnungsprotokolle und auch (Leer-) Leistungsverzeichnisse als auch die Nachweise über die Verständigung der nicht zum Zuge gekommenen Mitbieter bei der Gemeinde auf.

Gemeindevertretung

Einberufung von Sitzungen des Gemeinderates und des Gemeindevorstandes

Sowohl der Gemeinderat als auch der Gemeindevorstand sind in den vergangenen Jahren den gesetzlichen Erfordernissen entsprechend wenigstens einmal in jedem Vierteljahr zu einer Sitzung zusammengetreten.

Prüfungsausschuss

Der Prüfungsausschuss hat im Jahr 2008 im 3. Quartal und im Jahr 2010 im 2. Quartal keine Sitzung abgehalten und ist damit seinen gesetzlichen Verpflichtungen nicht nachgekommen.

Der Prüfungsausschuss hat diese Gebarungsprüfung nicht nur anhand der Rechnungsabschlüsse, sondern darüber hinaus auch im Laufe des Haushaltsjahres, und zwar wenigstens vierteljährlich, vorzunehmen. Es sind im Jahr fünf Sitzungen erforderlich.

Ausschüsse

Der Ausschuss für Schul, Kindergarten, Familien und Seniorenangelegenheiten hielt im Prüfungszeitraum vier Sitzungen ab, der Ausschuss für Kultur, Sport und Jugendangelegenheiten dreizehn Sitzungen und der Ausschuss für Bau- und Straßenbauangelegenheiten sowie Angelegenheiten der örtlichen Raumplanung und örtlichen Umweltfragen fünfzehn Sitzungen.

Zur Vorbereitung schwieriger Punkte für eine Gemeinderatssitzung können Ausschüsse einen wertvollen Beitrag leisten und damit die Gemeinderatssitzungen entsprechend abkürzen. Eine Intensivierung der Ausschusstätigkeiten wird daher empfohlen.

Sitzungsgeld

Eine Verordnung über die Festsetzung eines Sitzungsgeldes hat der Gemeinderat zuletzt im Jahr 1998 erlassen, worin das für jede Sitzung gebührende Sitzungsgeld mit dem Satz von 1 % des Bürgermeisterbezuges für einen nicht hauptberuflichen Bürgermeister festgesetzt wurde. Laut Abrechnung der Gemeinde wurden im Jahr 2011 pro Sitzung 20,40 Euro ausbezahlt.

Im Hinblick auf die mögliche Höchstgrenze von 3 % kann den Mandataren in diesem Bereich ein sparsamer Umgang mit Gemeindemitteln bescheinigt werden.

Verfügungsmittel und Repräsentationsausgaben

Der Bürgermeister schöpfte im Prüfungszeitraum den möglichen Rahmen nach den Bestimmungen der Oö. Gemeindehaushalts-, Kassen- und Rechnungsordnung (Oö. GemHKRO) bei den Verfügungsmitteln und Repräsentationsausgaben in den Jahren 2009 bis 2011 jeweils nicht aus.

Eine sparsame Ausgabenpolitik ist dem Bürgermeister in diesen Bereichen zu bestätigen.

Verfügungsmittel	2009	2010	2011
Getätigte Ausgaben in Euro	€ 3.518	€ 3.539	€ 2.839
Voranschlag	€ 3.700	€ 4.000	€ 3.500
Mögliche gesetzliche Höchstgrenze	€ 4.201	€ 4.152	€ 4.401
% der möglichen Höchstgrenze	84	85	65
Repräsentationsausgaben	2009	2010	2011
Getätigte Ausgaben in Euro	€ 1.402	€ 1.091	€ 626
Voranschlag	€ 1.400	€ 2.000	€ 1.500
Mögliche gesetzliche Höchstgrenze	€ 2.100	€ 2.076	€ 2.201
% der möglichen Höchstgrenze	67	53	28

Weitere wesentliche Feststellungen

Bestandsverhältnisse

Die Gemeinde Polling im Innkreis hat seit Oktober 1997 ein Grundstück im Ausmaß von 4.500 m² gepachtet. Auf dem Grundstück befindet sich Tennisplätze, ein Fußballtrainingsplatz und ein Klubheim mit Parkplätzen.

Weiters vermietet die Gemeinde einen Musikprobenraum und Einzelproberaum im Gemeindezentrum mit einem Flächenausmaß von ca. 123 m² an den Musikverein. Der Mietzins beträgt rund 1.900 Euro jährlich und ist indexgesichert. Sämtliche Kosten für Heizung, Strom, Versicherung usw. sind vom Musikverein zu tragen.

Grundeigentum

Eigentum der Gemeinde im zentralen Ortsgebiet ist eine größere zusammenhängende Baulandfläche (rund 3.600 m²). Darauf befinden sich das Amtsgebäude, der Bauhof und die Feuerwehr Polling im Innkreis. Weiters gehören zum Eigentum der Gemeinde im Ortsgebiet zwei Grundstücksflächen, die als Parkplätze genutzt werden im Ausmaß von insgesamt rund 760 m². In der Ortschaft Ornading befindet sich ein weiteres Grundstück (rund 250 m²) auf dem die Feuerwehrzeugstätte Ornading steht.

Weiters gehört der Gemeinde ein Waldrandgrundstück (rund 500 m²), das als Umkehrplatz für Landwirte dient. Ebenfalls gehört zum Eigentum der Gemeinde noch ein größeres Grundstück im Ortsgebiet im Ausmaß von rund 1800 m², davon werden rund 500 m² im Jahr 2012 an ein ortsansässiges Unternehmen verkauft.

Im Jahr 2011 verkaufte die Gemeinde ein Baugrundstück mit einer Fläche von rund 900 m² zu einem Preis von rund 19.300 Euro. Sonst erfolgten im Prüfungszeitraum keine Grundkäufe bzw. -verkäufe.

Feuerwehrwesen

Im Gemeindegebiet bestehen zwei Freiwillige Feuerwehren, nämlich die FF Polling und die FF Ornading. Bei der FF Polling sind 94 Mitglieder und bei der FF Ornading sind 74 Mitglieder. Im Jahr 2010 haben die Freiwilligen Feuerwehren Polling und Ornading insgesamt 33 Brand- und technische Einsätze und im Jahr 2011 insgesamt 18 Einsätze durchgeführt.

Die Freiwilligen Feuerwehren sind mit ihren Fahrzeugausstattungen der Pflichtbereichsklasse 2 A der Oö. Brandbekämpfungsverordnung 1985 zugeordnet.

Der Pro-Kopf-Aufwand für die Freiwillige Feuerwehr beläuft sich während des Betrachtungszeitraumes 2009 bis 2011 auf durchschnittlich 17 Euro pro Einwohner und liegt damit über dem Bezirksdurchschnitt.

Die Kostenvorschreibungen für Einsätze erfolgen durch die Freiwilligen Feuerwehren. Die Gemeinde hat die Feuerwehren aufzufordern, die entgeltpflichtigen Einsätze (auch Fehl- oder Täuschungsalarm) der Gemeinde zwecks Durchführung der Abrechnung zu melden. Das für die Gerätschaft eingenommene Entgelt fließt der Gemeinde zu, da sie auch die Verpflichtung zur Erhaltung der Schlagkraft der Feuerwehr trägt.

Die Gemeinde hat den in der Feuerwehrtarifordnung angeführten Kostenersatz für Einsätze den Feuerwehren vorzuschreiben.

FEUERWEHR(EN)	2009	2010	2011	2012 VA
Einnahmen incl. Investitionszuschüsse	€ -	€ -	€ -	€ -
Ausgaben incl. Investitionen, excl. Annuität	€ 17.894	€ 16.120	€ 14.069	€ 18.500
Saldo	€ 17.894	€ 16.120	€ 14.069	€ 18.500
Einwohner laut Registerzählung	925	925	925	925
Ausgaben pro Einwohner	19,34	17,43	15,21	20,00

Förderungen und freiwillige Ausgaben

Gemäß den Vorgaben für freiwillige Ausgaben der Gemeinden ("15-Euro-Erlass") wird festgestellt, dass die Gemeinde den möglichen Rahmen von 14.205 Euro aus freiwilligen Ausgaben im Jahr 2011 zu rund 72 % genutzt hat. Das entspricht Ausgaben von rund 11 Euro pro Einwohner.

Die im Erlasswege der Aufsichtsbehörde vorgegebene Fördergrenze von 15 Euro je Einwohner wurde damit eingehalten. Die Gemeinde war in den letzten Jahren im Umgang mit den freiwilligen Ausgaben immer sparsam.

Versicherungen

Die Zahlungen für die Versicherungsprämien zeigten in den letzten Jahren eine fast gleichbleibende Tendenz⁸. Für Gebäude- und Personenversicherungen mussten im Jahr 2011 Versicherungsprämien von insgesamt rund 4.611 Euro bezahlt werden. Für das Jahr 2011 errechnete sich je Gemeindegewohner ein Aufwand in der Höhe von rund 5 Euro.

Sämtliche Versicherungsverträge sind bei einer Versicherungsgesellschaft abgeschlossen.

In den letzten Jahren kam es zu keiner Versicherungsüberprüfung durch einen unabhängig staatlich geprüften Berater für das Versicherungswesen. Die Versicherungsverträge wurden bisher über einen ortsansässigen Versicherungsvertreter abgewickelt, der bei Bedarf die bestehenden und neuen Versicherungsverträge auf den optimalen Versicherungsschutz zu bestmöglichen Konditionen überprüft.

Um einen optimalen Versicherungsschutz zu bestmöglichen Konditionen zu erhalten, wird der Gemeinde empfohlen, ihr Versicherungspaket vor dem Abschluss neuer bzw. bereits bestehender Versicherungsverträge von einem unabhängigen Versicherungsmakler hinsichtlich optimalem Versicherungsschutz und bester Prämienkonditionen überprüfen zu lassen. Dabei ist auch darauf zu achten, dass die nötigen Deckungen gegeben sind und womöglich bestehende Unter- oder Überversicherungen an die tatsächlichen Versicherungswerte angepasst werden.

Fahrzeuge

Die Gemeinde Polling im Innkreis verfügt derzeit über folgende Fahrzeuge:

Bauhof: 1 Traktor, Baujahr 1996 (über 6.000 Arbeitsstunden)

Feuerwehr Polling: 1 LFB, Baujahr 1987
1 KDO, Baujahr 2003
1 TLF, Baujahr 2010

Feuerwehr Ornading: 1 KLF, Baujahr 1988
1 Einachs-Anhänger, Baujahr 1994

⁸ Versicherungsprämien: 2009 – rund 4.681 Euro; 2010 – rund 4.533 Euro

In den nächsten Jahren wird von der Gemeinde beabsichtigt, in einen neuen Kommunaltraktor zu investieren.

Bei den beiden Feuerwehren Polling und Ornading wird ebenfalls in den nächsten Jahren ein Tausch bzw. Neukauf des Kleinlöschfahrzeuges und des Löschfahrzeuges geplant.

Nahwärmeversorgung

An die Nahwärme sind das Gemeindeamt, die Volksschule, der Kindergarten und die Mehrzweckhalle angeschlossen.

Das Unternehmen versorgt seit dem Jahr 2010 die Objekte der Gemeinde mit Wärme. Der Wärmepreis besteht aus der Grundgebühr, dem Arbeitspreis und dem Messpreis. Die Preise sind wertgesichert.

Die Abrechnung erfolgt halbjährlich nach dem tatsächlichen Verbrauch. Die Gemeinde hatte für den Zeitraum 1.1.2011 bis 30.6.2011, wobei hier das Gemeindeamt noch nicht abgerechnet war, insgesamt rund 4.250 Euro an Heizkosten zu zahlen bei einem Verbrauch von 60.100 kWh. Der Durchschnittspreis pro MWh betrug bei der Gemeinde rund 71 Euro.

Bauhof

Die Gemeinde beschäftigt einen Bauhofarbeiter (vollbeschäftigt mit 40 Wochenstunden). Nach der letzten vorliegenden Jahresabrechnung für 2011 wurden rund 60 % der Arbeitsstunden für die Straßenerhaltung der Gemeinde und den Winterdienst geleistet. Weitere rund 18 % wurden für die Grünanlagenpflege gearbeitet. Die restlichen 22 % entfielen auf diverse andere Bereiche. Der Winterdienst wird vom Bauhofmitarbeiter der Gemeinde in Zusammenarbeit mit dem Maschinenring durchgeführt.

Für die Unterbringung der Gerätschaften, Salzlager usw. des Bauhofes wird das bestehende Gebäude beim Gemeindeamt verwendet. Insgesamt steht eine Nutzfläche von rund 220 m² zur Verfügung. Am Bauhofgebäude sind derzeit keine größeren Baumaßnahmen geplant. Fahrzeugmäßig ist die Gemeinde gut ausgestattet bei rund 40 Straßenkilometern.

Im Jahr 2011 kam es zu Ausgaben in der Höhe von rund 49.000 Euro, womit sich je Gemeindegewohner (Einwohner nach der Registerzählung 2010)⁹ ein Aufwand in der Höhe von rund 53 Euro errechnet. Damit liegt die Gemeinde in einem angemessenen Rahmen.

Für die Zukunft sind auch Kooperationsprojekte mit Nachbargemeinden im Bauhofbereich zu prüfen.

Sportanlage

Die Gemeinde Polling im Innkreis verfügt über einen Sportplatz, Asphaltstockbahnen (alt), Multifunktionelle Halle (bestehend aus Asphaltstockhalle mit Klubraum, Cateringküche, WC-Anlage und Fußballklubgebäude), einem Fußballtrainingsplatz, Tennisplätze und Klubheim mit Parkplätzen.

Die Grundstücke für die Sportanlage werden von der Gemeinde zur Verfügung gestellt. Die sportlichen Anlagen mit Multifunktioneller Halle und Fußballklubgebäude werden von der

⁹ Einwohner nach der Registerzählung 2010: 927 Einwohner

Gemeinde an den Sportverein vermietet. Der jährliche Pachtzins beträgt 4.313 Euro und ist wertgesichert.

Der Sportverein verpflichtet sich überdies, die in Miete genommene Sportanlage samt Multifunktionshalle für Festveranstaltungen und während des Schulbetriebes (Turnunterricht) kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Die Kosten für die ordnungsgemäße Erhaltung des Mietobjektes samt Zubehör wurde von der Gemeinde übernommen. Die Rasenpflege, die ordnungsgemäße Instandhaltung der Asphaltstockbahnen und Tennisplätze, die gesamten Kosten für Strom, Beheizung, Beleuchtung, Reinigung und Versicherung der Sportanlagen und der Multifunktionshalle samt Fußballklubgebäude wurden vom Sportverein übernommen.

Außerordentlicher Haushalt

Überblick über den a.o. Haushalt des Finanzjahres 2011

Der außerordentliche Haushalt umfasst sieben Vorhaben und eine Zwischenfinanzierung und schließt bei einem Ausgabevolumen von rund 1.009.511 Euro ausgeglichen. Von den insgesamt sieben im außerordentlichen Haushalt des Jahres 2011 geführten Vorhaben wies ein Vorhaben ein negatives und sechs ein ausgeglichenes Ergebnis aus.

In den letzten drei Jahren bildete die Errichtung der Multifunktionshalle den Schwerpunkt im außerordentlichen Haushalt. Sie ist für 35 % des gesamten Ausgabevolumens von rund 1,5 Mio. Euro verantwortlich. Weitere große Vorhaben waren in den letzten Jahren die Errichtung des Radweges entlang der B141, die Generalsanierung der Volksschule und des Kindergartens und der Ankauf eines Tanklöschfahrzeuges.

Überblick über den a.o. Haushalt des Finanzjahres 2011

Finanzbedarf außerordentlicher Haushalt / Stand Dezember 2011			
			Fördermittel
Vorhaben	Soll-Fehlbetrag	dzt. bedeckt durch	gesichert
Errichtung Radweg entlang B 141	60.000,00 Euro	Zwischenfinanzierung	60.000,00 Euro
GESAMT	60.000,00 Euro		60.000,00 Euro
Finanzbedarf - unbedeckt			0,00 Euro

Die Projekte "Volksschul- und Kindergartensanierung" und "Errichtung der Multifunktionshalle" wurden auf die Kommanditgesellschaft der Gemeinde übertragen.

Die Überprüfung der nachstehenden Bauvorhaben beschränkte sich auf deren Kostenentwicklung und Finanzierung.

Ankauf eines Löschfahrzeuges (Type TLF-A 2000) für die FF Polling im Innkreis

Aufgrund einer Anfrage bezüglich des Austausches des Löschfahrzeuges wurde der Gemeinde mitgeteilt, dass die Gemeinde Polling im Innkreis gemäß Oö. Brandbekämpfungsverordnung in die Pflichtbereichsklasse 2 A fällt und in der Pflichtbereichsklasse 2 A für die Feuerwehr ein Tanklöschfahrzeug und ein Löschfahrzeug vorgesehen sind. Da die Feuerwehr Polling im Innkreis noch kein Tanklöschfahrzeug im Einsatz hatte, war vor dem Austausch des Löschfahrzeuges ein Tanklöschfahrzeug anzukaufen. Aufgrund dessen wurde von der Gemeinde Polling im Innkreis ein neues Löschfahrzeug Type TLF-A 2000 angekauft.

Dem Vorhaben lag ein genehmigter Finanzierungsplan des Amtes der Oö. Landesregierung zugrunde. Die Wahl des Angebotes für den Zuschlag erfolgte nach dem Bestbieterprinzip. Das Tanklöschfahrzeug TLF-A 2000 wurde im November 2010 ausgeliefert und vom Landesfeuerwehrkommando ohne Beanstandungen abgenommen.

Die Gesamtkosten der Fahrzeuganschaffung betragen rund 256.550 Euro. Gegenüber dem genehmigten Finanzierungsplan ergaben sich Mehrkosten in der Höhe von rund 12.910 Euro. Die Mehrkosten sind durch einen zusätzlichen Lichtmasten und das dazugehörige

Stromaggregat für das Tanklöschfahrzeug entstanden. Die Ausfinanzierung erfolgte im Jahr 2011.

Das Vorhaben wurde durch 85.000 Euro Kapitaltransferzahlungen vom Landesfonds (LFK), 158.000 Euro Bedarfszuweisungsmittel, 7.000 Euro Landesbeitrag, 5.900 Euro Eigenbeitrag durch die Feuerwehr Polling im Innkreis und 650 Euro aus Anteilsbeträgen des ordentlichen Haushaltes finanziert.

Errichtung eines Radweges entlang der B141

Zur Hebung der Verkehrssicherheit für Fußgänger und Radfahrer wurde aufgrund des großen Verkehrsaufkommens auf der B 141 Rieder Straße ein Radweg (landwirtschaftlicher Begleitweg) von 1.400 m errichtet.

Der Radweg entlang der Bundesstraße B 141 wurde vom Lebensministerium aus Mitteln des "klima:aktiv mobil Förderprogramms" als Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz im Verkehr gefördert. Der Baubeginn war im Juli 2009 und die Baumaßnahmen wurden im Jahr 2011 abgeschlossen. Die Bauabwicklung erfolgte über die Straßenmeisterei.

Ein genehmigter und beschlossener Finanzierungsplan lag dem Vorhaben zugrunde. Der genehmigte Finanzierungsplan lautete auf eine Baukostensumme von 350.000 Euro. Die Gesamtkosten des Radweges entlang der B 141 betragen rund 383.766 Euro. Gegenüber dem Finanzierungsplan ergaben sich Mehrkosten von 33.766 Euro. Die Mehrkosten sind durch den Bau von zusätzlichen Oberflächenwasserableitungen entstanden.

Das Vorhaben wurde durch rund 184.400 Euro Kapitaltransferzahlungen vom Land, 17.500 Euro Zuführung Fahrbahn, 401 Euro Aufschließungsbeitrag Verkehrsflächen, 21.549 Euro Landesbeitrag Verkehrssicherheit und 99.916 Euro von klima:aktiv mobil finanziert. Für die Jahre 2013 und 2014 sind noch 60.000 Euro an Bedarfszuweisungsmitteln ausständig, die derzeit durch Zwischenfinanzierungen finanziert werden.

Schlussbemerkung

Die Gemeinde Polling im Innkreis hat in den vergangenen Jahren ihren ordentlichen Haushalt mit Abgängen abgeschlossen und ist daher als "Dauerabgangsgemeinde" zu bezeichnen. Auch in den nächsten Jahren ist wohl weiterhin mit Abgängen im ordentlichen Haushalt zu rechnen, wenngleich sich das Aufkommen aus den Ertragsanteilen doch spürbar verbessert und sich daher die Abgänge im ordentlichen Haushalt hoffentlich etwas reduzieren werden.

Den Bediensteten in der Gemeindeverwaltung ist eine engagierte und genaue Verwaltungsführung zu bescheinigen. Bezogen auf das Prüfungsintervall von mehr als sechs Jahren seit der letzten Gebarungseinschau ist die Anzahl der Prüfungsfeststellungen als verhältnismäßig gering zu bezeichnen. Der Verwaltung, insbesondere der Finanzverwaltung ist daher ein insgesamt positives Zeugnis auszustellen.

Für das angenehme Prüfungsklima und die sachliche Zusammenarbeit bedanken wir uns auf diesem Wege ganz besonders beim Bürgermeister, dem Amtsleiter und den Bediensteten der Verwaltung.

Das Ergebnis der Prüfung wurde im Rahmen der Schlussbesprechung am 3. September 2012 dem Bürgermeister und dem Amtsleiter präsentiert. Im Zuge der Besprechung wurde Übereinstimmung bezüglich der Prüfungsfeststellungen und der Empfehlungen gefunden.

Braunau am Inn, am 30. Oktober 2012

Der Bezirkshauptmann

Mag. Dr. Wojak